

**Bezugspreis:**  
Vierteljährl. 90.— M., monatl. 12.— M.  
Post ins Haus, notaus zahlbar. Fol-  
lung: Monatlich 10.— M., ggf. Zu-  
schlagsgebühr. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 16,50 M.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmal Zustellung 21,50 M. Postbe-  
stellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Preussische Provinzen  
und die Schweiz. — Eingetragene in  
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-  
haltungsbeilage „Beim Wein“ erscheint  
wöchentlich zweimal, Sonntags und  
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Normzeile  
betragt 1.— M. Erwerbungs- und  
„kleine Anzeigen“ das  
gedruckte Wort 1.— M. (zählend zwei  
Zeilen) 60 Pfg. Einmalige und  
Schlafstellenanzeigen das erste Wort  
60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg.  
Worte über 15 Buchstaben zahlen für  
zwei Worte. Erwerbungsanschlag 50%.  
Familien-Anzeigen für Abonnenten  
halbiert. — M. politische und gewerb-  
liche Betriebs-Anzeigen 1.— M.  
die Zeile ohne Ausschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Sonderdruck-Büro, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Donnerstag, den 10. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

## Bayern gegen das Reich.

München, 9. Februar. Heute abend wurde die folgende  
amtliche Verlautbarung ausgegeben.

Die Berliner Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten  
gab in Bayern Veranlassung zu eingehenden Beratungen sowohl  
im Ministerrat wie im Schoße der Koalitionsparteien. Im Mittelpunkt  
dieser Verhandlungen stand für Bayern naturgemäß die durch die  
Pariser Noten der alliierten Mächte ausgesprochene Forderung der  
Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren, deren  
Erhaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden  
Ansicht aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage be-  
deutet. Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien  
haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte  
niemals außer Acht gelassen, so oft sie auch ihren Standpunkt in  
dieser Frage prüften und bis heute stets unverändert festgehalten  
haben. Bei neuerlicher Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte  
und bisherigen Besprechungen ergab sich, daß dieser Stand-  
punkt, der ausschließlich durch die Sorge um den staatlichen  
Wiederaufbau bestimmt wird, auch durch die neue Lage  
nicht umgestoßen werden kann und daß die gleichen  
Gründe, die von Anfang an ihn notwendig machten, ungeachtet  
weiterbestehen.

Die Einheit des Reiches stand für alle Beteiligten dabei  
außer Frage. Einem separatistischen Gedanken ist während  
der ganzen Verhandlungen auf keiner Seite auch nur ein Augen-  
blick Raum gewährt worden.

Die endgültige Fassung der an die Reichsregierung  
zu richtenden Note wird am Donnerstagsvormittag erfolgen.

Dieser bayerischen „Verlautbarung“ ist zunächst zu ent-  
nehmen, daß man zwischen Bayern und dem Reich schon so  
weit gelangt ist, „Noten“ untereinander auszutauschen.  
Das ist ein für die Reichseinheit vielversprechender Anfang.  
Im übrigen ist aus der Verlautbarung nicht zu erkennen, was  
Bayern nun eigentlich tun will, um die Reichseinheit zu er-  
halten, zu der sich die Ruhr-Regierung wie immer mit den  
Lippen bekennt.

Die sehr schätzenswerte Meinung der „beteiligten Faktoren“  
über die Notwendigkeit der Einwohnerwehren ist ebenso oft  
schon ausgesprochen wie durch gewichtige Stimmen aus  
Bayern selbst widerlegt worden. Die Meinungen der beinahe  
königlichen bayerischen Staatsregierung interessieren uns gar  
nicht, ihre Taten aber desto mehr!

Die deutsche Regierung könnte nicht die Politik treiben,  
die sie in Übereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit für  
richtig hält, wenn die bayerische Einwohnerwehr in der jetzt  
geleiteten letzten Frist nicht aufgelöst und entwaffnet würde.  
In diesem Fall müßte entweder eine Ruhr-Escherich-  
Diktatur über ganz Deutschland errichtet werden,  
oder die deutsche Regierung müßte erklären, daß der Macht-  
und Verantwortungsbereich Deutschlands an den bayerischen  
Grenzfähnen sein Ende findet.

Soll diesen beiden Eventualitäten, die beide die Zer-  
trümmerung des Reiches bedeuten, aus dem Wege  
gegangen werden, dann muß die bayerische Einwohnerwehr  
entwaffnet und aufgelöst werden. Die zu erwartende bayerische  
Note muß in diesem Punkt deutlich Ja oder Nein sagen.  
Sagt sie Nein, dann ist das eben nicht mehr und nicht weniger  
als ein Kündigungsbrief an das Deutsche  
Reich.

Die Reaktion, die jetzt mit listigen Worten um die Gunst  
der preussischen Wähler wirbt, bewährt sich wieder einmal als  
das, was sie stets gewesen ist, als reichszerstörende  
Macht. Sie hat vor fünfzig Jahren die Gründung des  
Reiches bekämpft und sie hat das Reich in die Katastrophe des  
Weltkriegs und in die Niedertage geführt. Wie durch ein  
Wunder — in Wirklichkeit aber nur durch die reichserhaltende  
Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterkraft — gelang es zu  
verhindern, daß das Reich bei seinem tiefen Sturz in Stücke  
zersprang. Ueberall war es die sozialdemokratische Arbeiter-  
kraft, die sich zur deutschen Einheitsrepublik bekannte und  
alle Spaltungsbestrebungen niederschlug. Jetzt aber soll auch  
das letzte, das gerettet worden ist, die Reichseinheit,  
in Stücke gehen an der hartköpfigen und engstirnigen Politik  
des „Ordnungsstaates“ Bayern.

### Heim heßt.

Die Bayerische Landesbauernkammer hat in einer  
von ihrem Präsidenten Dr. Heim gezeichneten Entschließung gegen  
das unerfüllbare Pariser Diktat Stellung genommen und die Er-  
wartung ausgesprochen, daß die deutsche Regierung nicht die deutsche  
Einheit dadurch füttert, daß sie jenen Teil des Pariser Diktats erfüllt,  
der die Entwaffnung der bayerischen Selbstschutzorganisa-  
tionen im Widerspruch mit den Bestimmungen des Versailler  
Vertrages von uns verlangt. Wenn eine deutsche Regierung sich  
dazu entschließen würde, die bayerische Einwohnerwehr zu opfern,  
so würde sie dadurch ein würdeloses Opfer bringen.

## Der Schiedspruch in den Gemeindebetrieben

Gestern nachmittag trat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin  
zusammen, um erneut über die Forderungen der städtischen Arbeit-  
nehmer zu beraten. Wegen der Wichtigkeit des Verhandlungsgegen-  
standes erhielt die Spruchkammer insofern eine ungewöhnliche Be-  
setzung, als die Verhandlungen von drei unparteiischen  
Vorstehenden geleitet wurden.

Zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
wies namens der städtischen Arbeiterschaft darauf hin, daß nach der  
Ablehnung des Vergleichsvorschlages durch den Magistrat die Ar-  
beiterschaft ihre alten Forderungen als Verhandlungsgrundlage  
aufstellt. Stadtrat Belle und Oberbürgermeister Boeh wiesen  
nachmals auf die ungeheure schwierige Lage der Stadt hin und be-  
tonten, daß diese die durch die Bewilligung der Arbeiterforderungen  
entstehende Mehrbelastung nicht tragen könne. Sämtl. der als Ver-  
treter der Elektrizitätsarbeiter auftrat, betonte hingegen, daß Berlin  
durchaus kreditfähig sei, da die Schuldenlast geringer sei  
als sein Grundbesitz. Die Kammer zog sich darauf zur Beratung  
zurück und fällt den nachstehenden

### Schiedspruch:

Die Stadt Berlin wird für verpflichtet erklärt, rückwirkend  
vom 1. November 1920 ab den bei ihr beschäftigten Ar-  
beitern und Arbeiterinnen einen 15prozentigen  
Zuschlag auf den Grundlohn und den von ihr beschäftigten An-  
gestellten einen 15prozentigen Zuschlag auf das  
Grundgehalt zu gewähren. Die minderverwerbsfähigen männlichen  
Arbeiter sollen 3 M. pro Stunde, die minderverwerbsfähigen Frauen  
2,60 M. pro Stunde vom 1. November 1920 ab als Lohn erhalten.

Die bereits auf die Zuschläge gezahlten Vorschüsse sind  
anzurechnen.

Ausgenommen von den Zuschlägen sind nur die Jugend-  
lichen.

Diese sind jedoch nicht verpflichtet, die auf die Zuschläge er-  
haltenen Vorschüsse zurückzahlen.

Die den in Kost und Logis befindlichen Arbeitnehmern für Kost  
und Logis abzulehrenden Beträge sind zwischen dem Ma-  
gistrat und den Betriebsräten unter Hinzuziehung  
der Organisationen zu vereinbaren. Es wird den Parteien  
aufgegeben, bis zum 1. März 1921 diejenigen Betriebe festzustellen,  
in denen Schlichtungsbefehl erteilt wird. Den denselben beschäftigten  
Arbeitern ist vom 1. November 1920 ab ein Zuschlag von

10 Pfennigen zu gewähren, soweit sie nicht bereits einen  
solchen in ihrer Eigenschaft als Schwerarbeiter erhalten haben.

Hinsichtlich der Lohnbeihilfen und aller Vorschriften der Er-  
gänzungsbestimmungen, soweit sie nicht besonders geändert sind,  
bleibt es bei dem bisherigen Zustand. Die Elektrizitäts-  
arbeiter erhalten während der Dauer des feststehenden Lohnarbeits  
die erhöhten Lohnzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeiten in  
Höhe von 25 Proz. bzw. 50 Proz.

Für Elektrizitätsarbeiter, die am 1. März 1921 oder später ein-  
treten, gelten die regelmäßigen Zuschläge von 8 Proz. bzw.  
25 Proz.

Dieses Abkommen gilt für unbestimmte Zeit.  
Kündigung kann nur zum Schluß eines Kalendermonats unter  
Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist er-  
folgen.

gez. Dr. Dellus, Dr. Arens und Dr. Oppenheim.

## Die Abstimmung in Oberschlesien.

### Verlängerung des Einspruchsrechts.

Berlin, 9. Februar. (WTB.) Die Interalliierte Kom-  
mission in Opatowitz hat die Frist für Einsprüche gegen Ableh-  
nung der Eintragung in die Stimmlisten bis zum 22. Februar  
abends 6 Uhr in Oberschlesien eingehend verlängert. Es ist hiernach  
erforderlich, daß die Ortsgruppen der vereinigten Verbände heim-  
treuer Oberschlesier die letzten Einsprüche spätestens am 18. Fe-  
bruar auf dem üblichen Wege zur Abendung bringen. — Wer nicht  
bereits eine von dem Paritätischen Ausschuss unterstempelte Mitteil-  
ung über seine erfolgte Eintragung in die Stimmliste erhalten hat,  
muß sich sofort bei seiner zuständigen Ortsgruppe melden und Ein-  
spruch erheben, desgleichen diejenigen, denen Ablehnungen oder bloße  
Empfangsbefestigungen zugegangen sind. Wer nicht Einspruch  
erhebt, verliert das Stimmrecht.

Berlin, 9. Februar. (WTB.) Da neuerdings von verschiedenen  
Stellen im Reich Geldsammlungen für die Volksab-  
stimmung in Oberschlesien veranstaltet werden, wird er-  
neut darauf hingewiesen, daß die einzige hierfür behördlich genehmigte  
Sammlung die „Grenzspende für Oberschlesien“, Berlin NW 32, Schlegel-Bellevue, ist, deren Landesstellen  
von den „Vereinigten Verbänden heimatreuer Oberschlesier“ und dem  
„Deutschen Schutzbund“ geleitet werden.

## Nach London.

Eine französische Kammer, die einer zum Sturz noch nicht  
reifen Regierung ein Vertrauensvotum erteilt, beugt sich damit  
nur der Notwendigkeit, die ihr durch die französische Methode  
des Parlamentarismus auferlegt ist. Ein Vertrauensvotum  
solcher Art ist keine eigentliche Vertrauens- und Gebung,  
sondern weiter nichts als eine für beschränkte Zeit erteilte  
Bollmacht an die Regierung, im Namen des Landes zu  
handeln. Bei solchen Gelegenheiten stimmen diese Abgeord-  
nete mit „Ja“, die im Grunde genommen Gegner der Re-  
gierung sind, und die ihr nur deshalb ein sogenanntes Ver-  
trauensvotum erteilen, weil sie die Gelegenheit nicht für  
günstig halten, sie zu stürzen.

Briand ist der Verantwortliche des Pariser Ab-  
kommens. Nach der jubelnden Aufnahme, die dieses Ab-  
kommen in der gut eingepflegten Pariser Presse gefunden  
hatte, hätte man eigentlich erwarten müssen, daß ihn die  
Kammer wie einen Sieger empfangen würde. Das ist aber  
bekanntlich nicht der Fall gewesen, vielmehr hat sich der fran-  
zösische Ministerpräsident seiner Haut hart wehren müssen  
gegen diejenigen, die da fanden, das Pariser Abkommen biete  
Frankreich immer noch nicht genug.

Die Kritiker hatten recht, sie wußten nur nicht, wie sehr  
und warum sie recht hatten. Das Pariser Abkommen ist in  
der Tat nichts weiter als ein phantastisches Zahnsenspiel, und  
kein Siegel und keine Unterschrift Deutschlands vermöchte  
diesem Dokument den Charakter aufzuprägen, den es nach  
Frankreichs Absicht doch jedenfalls haben soll, den eines sichern  
Vertrags. Auf Ausschlässe gibt es keine Hypotheken,  
ein Plan aber, der Deutschland für 42 Jahre vorschreibt, was  
es in jedem Jahr zu bezahlen hat, ist und bleibt eben nur ein  
Zufischloß.

Die deutsche Regierung hat mittlerweile die Einladung  
nach London angenommen unter der Voraussetzung, daß dort  
auch die deutschen Gegenvorschläge zur Erörterung  
gelangen würden, und unsere rechts- und linksbolschewistische  
Presse erhebt deswegen in brüderlicher Eintracht ein großes  
Geschrei über einen „Kanossengang“. Dabei gibt es keinen  
Menschen, der verständigerweise aus der bisherigen Haltung  
der deutschen Regierung hätte herauslesen können, sie beab-  
sichtige, die Einladung nach London abzulehnen. Hätte etwas  
dergleichen aus der Rede Dr. Simons' herausgefunden,  
so wäre die sozialdemokratische Erklärung, die die Anbahnung  
von Verhandlungen fordert, jedenfalls anders ausgefallen.

In den Londoner Verhandlungen wird zunächst festzu-  
stellen sein, daß ein einmal geschlossener Friedensvertrag nur  
auf zwei Arten abgeändert werden kann: entweder durch  
Krieg oder durch ein freiwilliges Abkommen  
zwischen den Parteien, die den Frieden miteinander geschlossen  
haben. Die Pariser Kammerdebatte hat schätzenswertes  
Material zur Erhärtung der — an sich ja ehrlicher Weise gar  
nicht bestreitbaren — Tatsache geliefert, daß das Pariser Ab-  
kommen eine sehr erhebliche Abänderung des Vertrages von  
Versailles darstellt. Diese Abänderung könnte Deutsch-  
land nur mit dem Schwerte aufzuzwingen werden,  
da es seine freiwillige Zustimmung zu ihr niemals geben wird.  
Wir würden dann durch ein kriegerähnliches Stadium hindurch  
— der blutige Kampf verbietet sich durch die Schwäche  
Deutschlands von selbst — zu einem neuen Frieden kommen.

Wird die Entente das Odium auf sich nehmen, den Ver-  
trag von Versailles, ihr eigenes Werk, als einen „Fetzen  
Papier“ zu behandeln und Deutschland mit Gewalt einen ab-  
geänderten Vertrag aufzuzwingen? Das wird sie höchstens  
dann tun, wenn ihre Staatsmänner ganz ungewöhnlich  
dumm sind. Sind sie das aber nicht, dann werden sie ein-  
sehen, daß dies nicht der Weg ist, Deutschland zur Wiedergut-  
machung leistungsfähiger und leistungswilliger zu machen.  
Heute sehen die Franzosen mit Betrübnis, daß es zwar ver-  
schiedene Leute gibt, die den Vertrag von Versailles loben,  
aber keinen einzigen Menschen, der auf ihn etwas borgt. Ein  
gewaltig revidierter Vertrag würde aber ein noch viel  
weniger kreditfähiges Papier sein.

Wollen die Alliierten den einzig gangbaren Weg zur Ab-  
änderung des Friedensvertrages gehen, nämlich den des  
freiwilligen Abkommens, dann ist es nichts mit  
den 42 heute schon zu bestimmenden Jahresraten und nichts  
mit der 12prozentigen Ausfuhrabgabe, denn auf diese Dinge  
wird sich Deutschland niemals einlassen. Dann bleibt ihnen  
nur die Wahl, sich auf den Vertrag von Versailles zurückzu-  
ziehen oder mit Deutschland über eine zu vereinbarende Ab-  
änderung zu verhandeln.

Die französische Presse möchte die deutschen Gegen-  
vorschläge, die jetzt im Auswärtigen Amt ausgearbeitet  
werden, mit einer Handbewegung abtun. Und zweifellos, wie  
immer diese Gegenvorschläge aussehen werden, man wird sie  
drüber nach dem Grundsatze behandeln, daß man die Danaer  
fürchten müsse, auch wenn sie Geschenke bringen. Jeder deutsche  
Gegenvorschlag, er möge wie immer geartet sein, wird zu-  
nächst in Paris mit Hohn und Entrüstung aufgenommen  
werden. Aber von seiner inneren Solidität wird es abhängen,  
ob er sich nicht eines Tages doch durchsetzt.

Eines Tages — denn wir haben Zeit, müssen sie haben!  
Anzunehmen, daß die Wiedergutmachungsfrage in London



ihre endgültige Lösung finden könnte, wäre vorläufiger Optimismus. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es zu einem Diktat kommen wird, das zu erlassen die Alliierten berechtigt sind, wenn es den Bedingungen des Friedensvertrages entspricht.

Die deutsche Politik kann danach nur darauf gerichtet sein, entweder jetzt schon ein vernünftiges Abkommen zu erzielen oder aber die Alliierten auf ihr eigenes Machwerk von Versailles, von dem sie mit allen Mitteln loszukommen versuchen, festzunageln. Deutschland wird darunter leiden, aber Frankreich wird dabei nicht auf seine Rechnung kommen. Es ist ein harter Weg, den Deutschland zu gehen hat, aber es ist der einzige, um die Entente zu Verhandlungen über eine vernünftige Revision reif zu machen.

Die Besserwisser von ganz rechts und ganz links möchten wir unter Beiseitefassung aller grundsätzlichen Probleme einfach vor die praktische Frage stellen, ob sie mit ihrem Gemisch von Orgeß und Koter Armee — Rampe mit Petroseum — den Rostkampj gegen die Entente aufnehmen wollen. Wollen sie das nicht, so mögen sie in München miteinander Krachung feiern, aber von den Lebensfragen des Volkes die Finger lassen!

### Arbeitslose Bergleute auch in Frankreich!

Wir wiesen in unserer Mittwoch-Morgenausgabe auf die schier unglaubliche Tatsache hin, daß in einer Zeit von internationalem Kohlenmangel und im Augenblick, wo sich Frankreich anschickt, das Viererungsabkommen von Spa zu verschärfen, 60 000 Bergarbeiter in Wales arbeitslos sind. Sehr stellt sich aber die womöglich noch unerhörtere Tatsache heraus, daß auch in Frankreich selbst Bergarbeiter auf die Straße gesetzt werden! Aus einem Artikel des Pariser Gewerkschaftsorgans „Peuple“ vom 3. Februar, der die Ueberschrift trägt: „Haben wir zuviel Kohlen?“ entnehmen wir folgende merkwürdige Einzelheiten über die Arbeitslosigkeit in den mittel- und südfranzösischen Kohlenrevieren:

„In Douet, in Commeny, in Romiey arbeiten die Bergleute seit dem 8. Januar nur drei Tage in der Woche; diese drei Tage beschäftigen insgesamt fünf bis sechshundert Arbeiter; in Bézenet, wo dreihundert Bergleute beschäftigt waren, wird vollständig gestreikt; in Singes (Bun-de-Dôme) ebenso; in Bazemoreau (Creuse), ist die Hälfte der Arbeiterkategorie entlassen; in Langeac (Haute-Loire) wurde sechzig Arbeitern gekündigt.“

Der Verfasser des Artikels, A. Gomot, ein Führer des französischen Bergarbeiterverbandes, erzählt nun, daß er bei einer Aussprache mit den höchsten Beamten der staatlichen Bergverwaltung über die bedauerndeste Lage dieser Arbeitslosen und ihrer Familien zu hören bekam, daß „man sich nicht allzu sehr beunruhigen dürfe. Die Situation, die einerseits durch eine beträchtliche Einfuhr von Kohle, andererseits durch einen geringeren Verbrauch der Fabriken verursacht sei, würde nur von kurzer Dauer sein. Im großen und ganzen würde die Arbeit in den Bergwerken bald wieder ihren normalen Lauf nehmen, mit Ausnahme jedoch von gewissen Revieren in Mittel-Frankreich, deren Kohle minderwertig sei.“

Die Verdrücktheit der Zustände, die in Europa unter dem Kommando der französischen Regierung, d. h. der französischen Schwerindustrie, herrschen, kann gar nicht greller beleuchtet werden, als durch diese Tatsachen: denn die „beträchtliche Kohleinfuhr“, die zur Entlassung von französischen Bergleuten führt, ist natürlich nichts anderes als die von Deutschland so dringend für die Beschäftigung der eigenen Industrie benötigte Ruhrkohle, die wir nach dem Diktat von Spa gratis abliefern müssen. Unsere Bergarbeiter müssen Ueberschichten unter jämmerlichen Ernährungserhältnissen leisten; in Deutschlands Industriefabriken gibt es infolge der Kohlenknappheit Hundert-

tausende von Arbeitslosen und Millionen von Kurzarbeitern; Deutschland darf keine Kohle nach dem neutralen Ausland ausführen, wofür es billige Lebensmittel erhalten würde, sondern es muß sein wichtigstes Austauschprodukt ohne wirtschaftliche Gegenleistungen Frankreich überlassen; und jetzt soll sogar das Diktat von Spa verschärft werden, wieder einmal soll in London Foch mit seinem Säbel rasse n, eine Erhöhung der deutschen Kohlenlieferungen, eine Verschlimmerung der Sklavenarbeit der deutschen Bergleute erzwingen!

Unterdessen aber werden sowohl in England wie auch in Frankreich Bergarbeiter zu Tausenden entlassen! Ja, Frankreich ist jetzt sogar in der Lage, dank der deutschen Qualitätskohle, die es umsonst bekommt, Zechen, deren Erzeugnisse als „minderwertig“ bezeichnet werden, einfach zu schließen, eingehen zu lassen!

### Auch in Preußen Bruderschaft!

Das Münchener Beispiel des großen Verdrückungstuntes und der gemeinschaftlichen nationalen Trunkenheit von Kommunisten und Wilden ist in Berlin Schule zu machen. Die „Deutsche Zeitung“, das extrem-deutschnationalistische Blatt, veröffentlicht mit großem Behagen die bissigen Ausführungen der „Aktion Rade“ über den „Einlassung“ der deutschen Regierung, womit die Annahme der Einladung nach London gemeint ist. In dem Artikel wird die Regierung verhöhnt, weil sie zu Kreuze gezogen sei, weil sie den Ententeforderungen völlig ratlos gegenüberstehe, und schließlich bricht es:

Wahrlich, noch nie hat die deutsche Bourgeoisie, deren Geschichte Verrat an Verrat an den Interessen der Nation unheimlich, so rauh, so erbärmlich, so unwiderrüchlich Bankrott gemacht.

Da die „Deutsche Zeitung“ das alles ohne ein Wort des Widerspruches abdruckt, so kann das Blatt nur als Zeichen der Uebersichtlichkeit gedeutet werden. Will es Max Raurenbrecher abwechslungshalber einmal in Rationalboische wie mus deischen?

### Orgeß in Berlin bewaffnet!

In der Rodrik über einen „Waffenfund in Westend“ teilt das Polizeipräsidium mit:

Im Rahmen der Ermittlungen über das Vorkommnis des Kommando-Regiment hatte das Polizeipräsidium Ende November d. J. auch den Beweis für das Bestehen einer Berliner Geheim-Organisation, des sogenannten „Berliner Geheimarbeiterverbandes“, erbracht. Näheres über Aufbau und Struktur dieser Geheim-Organisation und insbesondere über ihre etwaige Bewaffnung ließ sich damals nicht feststellen. Ermittlungen der letzten Tage haben nun ergeben, daß der Berliner Heimatsverband tatsächlich über Waffen verfügt.

Es wurden am 8. d. Mts. in der Frankfurter zu Westend etwa 45 Maschinengewehre, 40 000 Schuß Munition sowie einige Karabiner polizeilich beschlagnahmt. Nach den polizeilichen Feststellungen sind diese Waffen von einem der Gründer und Leiter des Berliner Heimatsverbandes, dem Gerichtsassessor Dr. Hans Joachim Heyl, Charlottenburg, Berliner Str. 49, zusammen mit mehreren anderen Angehörigen des Heimatsverbandes nach Westend verbracht worden. Die Ermittlungen über die Herkunft der Waffen sind noch nicht abgeschlossen. Heyl und Genossen haben sich nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai 1920 sowie nach § 13 des Reichswehrstrafgesetzbuches vom 7. August 1920 strafbar gemacht. Heyl selbst ist flüchtig; Fahndungsmaßnahmen gegen ihn sind im Gange.

Kommunistische Waffenfabrik in Turin? Der „Rain“ meldet aus Turin, daß die Polizei daselbst eine Waffenfabrik entdeckt habe, die Waffen für die kommunistischen Organisationen herstellte. Eine Anzahl Maschinengewehre wurde beschlagnahmt und die Führer der Organisation verhaftet.

### Wer hat das Geld verjuxt?

In einer deutschnationalen Versammlung, die unlängst in dem Sammelkassen stattfand, betrauerte der Teutonanationale Pastor Koch den Hinweg der avarischen Sparanleihe. Der König Friedrich Wilhelm I. (regierte von 1714—1740) habe 6 Millionen Taler erpariert, wie groß wäre die sozialistische Stadtgemeinde Berlin, wenn sie heute diese 6 Millionen Taler hätte!

Wir müssen dem Pastor Koch erklären, daß die seit einigen Monaten bestehende Gemeinde Groß-Berlin wirklich nichts dafür kann, wenn die 6 Millionen Taler des Königs Friedrich Wilhelms I. nicht mehr vorhanden sind. Sie sind nämlich gleich im ersten Schlesischen Krieg seines Sohnes und Nachfolgers Friedrich II. (1740—1786) draufgegangen. Allerdings hat auch Friedrich in einer späteren Regierungsperiode wieder Geld gesammelt, aber sein Nachfolger, Friedrich Wilhelm II. (1786—1797), hat in wüsten Orgien mit seinen Guren und Verassen nicht nur die Hinterlassenschaft seiner beiden Vorgänger verpraßt, sondern der „liebe liebe Wilhelm“, wie ihn seine Weiber nannten, hat in zehnjähriger Regierungszeit noch obendrein 27 Millionen Taler Schulden gemacht. Dieser sittenlose Verschwender auf dem Thron hat also mehr als das Bierbrot dessen verjuxt, was sein Großvater erpariert hatte. Daran ist das Berlin von heute schuldlos!

Schließlich möchten wir auch bemerken, daß uns von einer persönlichen Sparanleihe Wilhelms des Letzten auch nicht das mindeste bekannt ist. Sicher ist, daß dieser Mann, der ausgerechnet jährlich 20 Millionen Goldmark aus Staats-Einkünften und dazu noch mehrere Millionen aus Privateinkünften bezog, mit dieser immerhin doch recht ansehnlichen Jahreseinkunft niemals auskam, sondern ständig Schulden machte, wofür namhafte Berliner Bankhäuser leicht das Nähere mitteilen könnten.

### Der Fall von Priesdorff.

In der Angelegenheit des entlassenen Polizeimeisters v. Priesdorff veröffentlicht die PPN eine längere Darstellung, der wir folgendes entnehmen:

Es ist höchst kennzeichnend, daß gegen dieselben Blätter, die seinerzeit den Feldzug gegen Ministerialrat Dr. Abegg unmittelbar nach seiner Verurteilung eröffnet und kürzlich die unrichtigen Mitteilungen über eine „Rücklösung“ im Ministerium des Innern gebracht haben, nämlich die „Berliner Morgenpost“ und die Rechtspreß, jetzt gegen die Entlassung von Priesdorffs leidenschaftlich auftreten.

Die „Berliner Morgenpost“ hat sich von Herrn v. Priesdorff in verschiedener Hinsicht falsch unterrichten lassen. Bereits vor dem Kündigungsbescheid sind mehrere Beschlüsse über den Kenntnis von Priesdorffs gebracht worden. Was die Stellung der Polizeibeamtenschaft zur Streikfrage betrifft, so hat Ministerialrat Dr. Abegg, wie allgemein nachweisbar und von sämtlichen Vertretern der Polizeibeamtenschaft zu bezeugen ist, vom ersten Tage ab unablässig gegen jede Beteiligung am Streik auf das Entschiedenste Front gemacht. Eine andere Darstellung kann Herr v. Priesdorff selbst nicht gegeben haben oder sie wäre bewußt unwahr.

Die Berufung eines Sachmannes war deshalb so dringend, weil bis dahin, d. h. Mitte August, trotz Verkauf von nahezu zwei Monaten seit der Ententencur von Heulogs nicht das geringste von Herrn v. Priesdorff hinsichtlich der unbedingt erforderlichen Neuordnung des Polizeiwesens geschehen war.

Die Aufwandsentschädigung des preussischen Ministerpräsidenten, Genosse Otto Braun verbleibt bekanntlich die Vertreter eines Ministerpräsidenten und Landwirtschafministers gleichzeitig. Dadurch erwarb der preussische Staat ein Ministergehalt, denn Braun bezieht als Landwirtschafminister nur eine Aufwandsentschädigung von 14 000 Mark. Wäre er ein Kontervotier, so würde die deutsch-nationale Presse sagen: „Seht diesen edlen Mann, er opfert sich für das Staatswohl auf!“ Da es sich um einen Sozialdemokraten handelt, läßt sie über die doppelte Aufwandsentschädigung, obwohl diese den aus der „guten alten Zeit“ stammenden Bestimmungen entspricht.

### „Kahenschritt.“

So heißt der allerneueste Tanz. Cat-Step! Hahnenritt, Krebs-tanz, Flöhspitz — natürlich englisch gespußt — können morgen Mode und damit „gesellschaftsfähig“ — wie wenig das freilich sagen will! — sein. Die Mode, war sie noch so dumm, sie findet doch ihr Publikum!

Der Kahenschritt ist ein Beinausgehloger nach links und rechts, vor und hinten, ein hüpfendes Ausstreten. („Gehste weg, du Nazi!“) Das Springen geschieht nach dünnster Melodie mit zwei maulenden Nebengeräuschen. Der Reizfaktor ist Coruso dagegen.

Immerhin mag auch dieser „Tanz“ auf der Bühne dieselbe Berechtigung haben wie z. B. die Produktion der Hand- oder Kopfstandkünstler im Varieté. Wenige können's wirklich, und die sollen es zu ihrem Vergnügen oder Verdienst machen, wenn's geht.

Aber, Herr Sensgurkenfabrikant Odoltsche und Frau Madella Kürbislohn, müssen Sie „Kahenschritt“ tun? Und Regime, 3-33, Three-Step, One- und Two-Step und Feg-Exot? Zur Verschönerung Ihrer jeweils wenig klassischen Figuren!

Herr Odoltsche, Ihre Beine sind einfach immer außer sich. Ihre Armstauden geraden sich ständig zu verschlingen wie der überfüllte Zwölffingerdarm. Ihr Sensgurkenfabrikantenhaupt atmet Zentnerlast aus.

Sie haben so nicht die schönsten Beine. Frau Madella, aber Ihr Gesicht hat etwas Cosmotorenhaftes, Ihr Schapfe ist einfach hennenartig. Ihr Gefühl in Ehren, gnädige Frau, Sie halten das alles — an Ihnen! — für schmissig, nicht wahr?

Auch du, mondshinbellekterer Epoll, hüdtst dem „Kahenschritt“? Ach, die Gattin will's, die teure? Nimm deine Velerstetzen in acht, Freund, denn allzu zerbrechlich sind deine Sängernochen! Nun sah ich wenigstens eine Paterna tanzen in dieser Nacht, mein Freund ...

Tanzender Geflügelkopf!

Berühmter Vater, können Sie auch zweibeiniges Hausgesetz malen? Sehen Sie allen kleinen und großen Fischern Menschenköpfe auf und schreiben Sie darunter. Ballastion 1921. — Scherz beiseite. Man legt sich in den „modernen“ Tänzen Ernst, Grazie und Temperament nur vor. Auf Gegenseitigkeit. Keiner traut sich zu sagen, wie Müd das alles ist, weil er sonst abern gescholten wird. („Des Kaisers neue Kleider.“)

Der Two-Step „Lieschen, komm in die Diele, wo es Kofes, Kofes zum Koffee gibt, — wo die blauen Kenglein Klappern“ — jämeh! Klappern, ist besonders beliebt. So etwas tanzt man erst. Nachher wird nicht über den Poposchelschluus-Tanz der Feuerländer, er ist zumindest so modernschön! Nur natürlich und — verzehlicher.

„Mudi aus Kentucky, Liebes Schnucki, wie tanzt Du dich! Keiner hat so wie Du, Lieber, Keiner Mudi, Judd, zwei linke Füß!“

So der Schlagertext eines ebenso „schönen“ One-Step. Das sind unsere „Gesellschaftstänze“, Kulturmodell 1921, made in Germany unter amerikanischer Flagge.

Und „unsere gebildete, bessere“ Gesellschaft tanzt diese Tanzkritikatur, tanzt sie den Schieber Schweinchen und Schieberjünglingen nach, läßt Kunstjauche Parfüm werden, Entartung Mode.

Das „Paar aus der Bar“ singt in einem unbewachten, hellen Augenblick:

„Oft, so sprach mein Vater, es kommt stets der Vater nach dem besten Schmaus. Wenn die Nacht auch zuerfüllt ist, denk dran, daß der Morgen mies ist. Geh nach Haus und schlaf Dich aus!“

Gute Nacht, „Kahenschritt“ und Konferten! Sepp.

Der Milliardenwahn in republikaner Beleuchtung. Daß die Summe von 238 Milliarden Schmal, welche die Feinde von uns fordern wollen, eine enorm hohe ist, wird jedem Deutschen ohne weiteres klar sein. Die wenigsten aber werden irrtümlich sein, sich davon eine auch nur annähernd richtige Vorstellung zu machen, und so werden sie in unserer Zeit, in der wir gemohnt sind, im Staatshaushalt mit Milliarden zu rechnen, geneigt sein, sehr bald darüber zur Tagesordnung überzugehen. Es dürfte daher wünschenswert sein, sich diese Summe einmal genauer anzusehen.

Eine Minute hat 60 Sekunden, eine Stunde 3600, ein Tag schon 86 400 und ein Jahr 3 155 000 Sekunden. Gewiß eine große Zahl, und doch gehören über 7540 Jahre dazu, um einen Zeitraum von 238 Milliarden Sekunden zu durchlaufen — nach dem Börsenbericht vom 2. Februar d. J. wurde ein Goldstück von 20 M. gleich 240 Papiermark gewertet. Wenn man also jede Sekunde ununterbrochen Tag und Nacht eine Goldmark oder 12 Papiermark auszahlte, würde man 7540 Jahre brauchen, um unsere Milliardenschuld zu bezahlen. Das ist aber ein Zeitraum, bis zu dem die älteste Geschichte Chinas nicht und die Megapers nicht zurückreicht, also ein Zeitraum, den unser Menschengeschlecht in historischen Zeiten überhaupt noch nicht durchlaufen hat. — Nun will aber die Entente diese hohe Summe von schon in 42 Jahren bezahlt haben, das ist in rund dem 180. Teile der Zeit. Es müßten also jede Sekunde ununterbrochen ziemlich 180 Goldmark oder genau 2154 Papiermark oder täglich 186105600 Papiermark gezahlt werden. Verteilt man diese Schuld gleichmäßig auf jeden Einwohner Deutschlands, so käme, da unser Volk 60 Millionen zählt, auf jeden, gleichviel, ob er arbeitsfähig oder Greis oder Säugling ist, täglich 3,10 M. oder 1131 M. jährlich. Nun will uns freilich die wohl-

wollende Entente diese Post in den ersten Jahren etwas erleichtern, dafür muß aber in den letzten 35 Jahren um so mehr, nämlich jährlich 6 Milliarden in Gold oder 72 Milliarden in Papier gezahlt werden. Es würden dann auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 1200 M. fallen. Ein Vater mit Frau und 4 Kindern hätte also, wenn die Post gleichmäßig pro Kopf verteilt würde, jährlich 7200 M. allein für die Entente aufzubringen.

Der Boche über alles! Sehr bezeichnend für den Gemütszustand der Franzosen ist folgender Witz, den der „Figaro“ bringt:

„Wir bewundern allzu sehr die Ausländer. Auf der Station Lamard der Nord-Süd-Untergrundbahn steht ein Automat mit Schokoladentafeln. Er funktioniert nicht. Eine kleine Tafel zeigt an:

Der Apparat ist außer Betrieb. Ein Reisender, der sich auf dem Bahnsteige langweilt, hat mit Bleistift folgende Worte hinzugefügt:

Es gibt ein Boche darin.

Ein anderer Reisender ist hinzugekommen und hat, von ironischen Absichten erfüllt, seinen Bleistift genommen und folgende philosophischen Stoßseufzer hinzugefügt:

Wenn ein Boche darin wäre, würde er funktionieren. Da schau einer. Wer mag das geschrieben haben? Das zeugt doch von einer schlimmen Geistesverfassung.“

Theater. Schiller's „Kunigraun von Orleans“, die seit vielen Jahren in Berlin nicht aufgeführt ist, wird im Deutschen Theater vorbereitet. Regie führt Karlheinz Martin. Die Theaterrolle wird von Helene Timm gespielt. Die architektonische und landschaftliche Gestaltung übernahm Bruno Taut.

Konzerte der Staatsoper. Die Intendanz der Staatsoper wird in Ausführung ihrer sozialistischen Bestrebungen fortlaufend Konzerte zu ermäßigten Preisen veranstalten. Da das Opernhaus selbst aus Gründen des Respektes für Abdaltung der Konzerte nicht in Frage kommen kann, ist das Große Schauspielhaus für zunächst vier Tage gemietet worden. Das erste dieser Konzerte findet Sonntag, 27. Februar vormittags 4 1/2 Uhr, statt. Der Vorverkauf der Eintrittskarten (Preise von 4 bis 20 M.) beginnt an den Kassen des Großen Schauspielhauses, des Invalidendenks und Betriebs, Samstag, 18. d. Mts.

Die Große Volksoper Berlin veranstaltet in der Frauerei Rühlhaff, Schönbacher Tor, eine Reihe von Dichterlesungen mit dem Vortrags-Orchester. 1. Konzert am 15. d. Mts. unter Leitung von Dr. Fritz Stiedry und unter Mitwirkung Kieg. Reichners (Staatsoper).

Sozialwissenschaftliche. Herr Dr. Wilhelm Müller, Mitglied der Anstalt für Schiff- und Leuchtenturmsbau in Hamburg und Privatdozent an der dortigen Universität, ist zum ordentlichen Professor für Anatomie für Menschen, Tier- und Pflanzenkunde (Anatomie) an der Tierärztlichen Hochschule in Berlin ernannt worden.

Eine Ausstellung holländischer Architektur in Deutschland wird der Ausstellung todschlicher moderner Malerei und Bildhauerei, die von Berlin aus jetzt durch die großen deutschen Städte wandert, in nächster Zeit folgen. Beilage, der Schöpfer der Börse von Amsterdam, hat sich dafür eingetragen.

Der Kunsthistoriker Max Dvorak ist in Wien, wo er seit 1905 an der Universität lehrte, 46 Jahre alt, gestorben. Er hat als Professor wie als Lehrer — er war ein Schüler des hervorragenden Jean Blaisch — sich ausgezeichnet.



Groß-Berlin

Aus einer Polizeistube.

In Charlottenburg ist ein 20jähriger junger Mann namens D. von einer Polizeiwache in einem Zustand heimgekehrt, der das Entsetzen seiner Angehörigen erregte.

Er habe, um Mitternacht mit zwei Freunden heimkehrend, in der Lohmeyerstraße einen Mann bemerkt, der mit einer Frau eine tätliche Auseinandersetzung hatte.

Die Mutter lief nach in derselben Nacht sofort zur Wache und verlangte Feststellung der Beamten, wurde aber abgewiesen.

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

Das Kind war unruhig, weinte den ganzen Tag und nahm die Brust nicht. Den ganzen Tag hörte man vom Hofe her Föhren, Rufen und Schellengeläute.

Morgen gehen sie schon wieder weg... kommen erst im Sommer zurück... Es ist doch gut, daß auch die arme Anja ihren Anteil erhalten hat.

Dort stand Schemieffa allein auf der Diele, alle anderen in einem Kreis um ihn herum. Er tänzte um ein junges Mädchen, ein behendes und rotbackiges, das sich wirbelnd herum, schnellte auf, suchte mitunter, während sich das Mädchen ruhig, kalt und stolz auf ihrem Platze drehte.

Berücksichtigung des Urteiles urteilen wollen. Mit dem Polizeipräsidentium werden alle anständigen Polizeibeamten wünschen, daß durch schnellste Untersuchung die dringend nötige Aufklärung der Affäre herbeigeführt wird.

Oeffentl. Wählerversammlungen

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Postamt: Restaurant „Zum Aufstehen“, Berliner Str. 102.

Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr: 1. Kreis (Webling): Schulsala des Besing-Gymnasiums, Pankstr. 18.

Oeffentliche Frauenversammlung: Zeit: Schulsala, Bürgerstraße. Referentin Martha Joppa.

Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Angestellte in Handel und Industrie: Kasser-Säle, Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden und der Eipo: Berlin: Schulsala, Montestraße 7.

Die Erneuerung der Straßenbahn.

Der Ausschuss zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn beendete heute seine Beratungen. Er beschloß, folgende Vorschläge den Fraktionen bzw. der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten:

- 1. Der Magistrat wird ersucht, baldigst die Vorbereitungen für die Einsetzung einer endgültigen Direktion zu treffen.
2. Angestellte und Arbeiter sind systematisch zum wirtschaftlichen Denken zu erziehen, da durch rationellere Arbeitsmethoden Ersparnisse zu erzielen sind.
3. Die Hauptwerkstätte in der Uferstraße ist dringend verbesserungsbedürftig; das Materiallager ist nach kaufmännischen Grundsätzen zu verwalten.
4. Der Tarifvertrag mit den Arbeiterorganisationen vom 1. Juni 1920 bedarf einer gründlichen Revision, insbesondere die Abzüge 9 (Zahlung der Wochenfeiertage), 11 (Krankenzulage), 12 (Arbeitslohn) und 13 (Lohnzahlung für die Zeit, in der nicht gearbeitet wird).

Die neue Straßenbahndirektion. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung den bisherigen Prokurist und kaufmännischen Leiter der Bahnabteilung der A.G., Sädle, sowie den Oberingenieur Fiorr, langjährigen Chefingenieur der Straßenbahn Buenos Aires, dann Hamburg, vorbehaltlich späterer endgültiger Regelung der Direktionsfrage, zu kommissarischen Direktoren der Berliner Straßenbahn ernannt.

Die Osthafen-Diebstähle. Direktor und Betriebsrat striflos entlassen. Der Magistrat beschäftigte sich gestern mit den Zuständen auf dem Osthafen. Trotzdem die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, lag ein so schweres Material gegen den Direktor und den Betriebsrat vor, daß der Magistrat deren sofortige Entlassung beschloß.

Die Wahlen zum Bezirksamt IV. In der gestrigen Versammlung des Bezirksamts IV (Prenzlauer Tor) fand die Wahl der Bezirksamtsmitglieder statt. Das Ergebnis war folgendes: zum 1. Bürgermeister Redakteur Paul John (U.) mit 52 Stimmen, zum stellvertretenden Bürgermeister Gewerkschaftssekretär Karl Bauer (S.P.D.) mit 38 Stimmen.

Berliner Räuber auf Reisen. Bewaffnete Räuberbanden treiben in steigendem Maße wieder ihr Unwesen in der näheren und ferneren Umgebung Berlins. Wahrscheinlich geben alle diese Raubzüge von Berlin aus und werden von gewerkschaftlichen Verbrechern planmäßig unternommen.

Kind in der Badestube! Du magst nicht wissen, daß du ein Kind in der Badestube hast! Aber plötzlich brach der Tanz ab, als Schemieffa das Mädchen unter den Armen nahm und es hoch in die Luft hob, es oben im Kreis herum schwenkte, so daß die Röcke an den Längsbalken hängen blieben, und es auf die Dienbank setzte.

hierher? Wenn er doch käme? Er muß kommen, wenigstens um sein Kind zu sehen, wenn auch nicht meinetwegen. Die alte Wirtin und auch Anja lassen ihn nicht gehen, ohne daß er bei uns gewesen ist. Sie steckte Kienspäne in die Wandriken und zündete sie an, öffnete wieder das Bündel, das Anja gebracht hatte, wickelte das Kind in die Windeln der Wirtin und zog selbst die Sachen an, die die Wirtin für sie hatte nähen lassen.



35 Jahre Zeitungsausstatterin. Eine Frau, die Jahrzehnte dem schweren Beruf des Zeitungsausstatters ausgetrieben, gehört zu den Seltenheiten. Die 68 Jahre alte Witwe Frau Salles, Christburaer Str. 47 bei Harott wohnt, kann am 11. Februar ihr 35jähriges Jubiläum als Zeitungsausstatterin feiern. Ein Vater des „Vorwärts“, der sein Blatt seit Jahren durch die Privatredaktion Gschw. Hermann, Kleine Kurstr. 7, bezieht, teilt uns mit, daß er bisher den „Vorwärts“ durch die Jubilant aus prompter erhalten habe. Eine treue Aile sei sie, die nun bereits ein Rentneralter in Liebe und strengem Pflichtbewußtsein ihrem schweren Beruf obliegt. Nebenbei wie die Jubilant bilden ruhende Pole in der Erscheinung flucht. Sie verdient es, wenn ihnen ein sorgloser Lebensabend bereitet würde.

Gewerkschaften und Landtagswahlen. Mit diesem Thema beschäftigt sich am Freitag, den 11. d. Mts., nach 12 Uhr, in Gooberlands Festhale, Neue Friedrichstr. 35, Ede Kochstr., eine vom Verband der Gewerkschaften einberufene Versammlung.

Wahlbildervortrag für Jugendliche in Neuföh. Des Abtliche Jugendamt, Abt. Jugendpflege, nimmt wieder die Veranstaltungen für die ältere Jugend auf. Sonntag, den 14. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Aula der A. Schulz, Vordammstr., Wahlbildervortrag des Kreisjugendpflegers Stamer: „Mit dem Winterhabe durch die Nacht“. Weiter werden die Wahlbildervorträge des Arbeiter-Kreisverbandes „Kommunisten“ und der „Revolutions-Sportvereine“. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind im Rathaus, Zimmer 223 und an der Kasse zu haben. Nächste Veranstaltung „Wagnis-Abend“.

Mitgliedschaft. Am 11. und 12. d. Mts. werden die 1/2-Altcr-Kranke in der 1/2-Altcr-Kranke erhalten an beiden Tagen um 1/2, Litter Brücklich. Die übrige Beilegerung bleibt wie bisher.

Der Arbeitsauschuh der demokratischen und sozialistischen Elternvereine an den höheren Schulen Groß-Berlin veranstaltet am Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr in der Aula des Wilhelm-Gymnasiums 4, Felskurstr. 15, seine erste öffentliche Versammlung. In der Prof. Dr. Reich über „Arbeitsauschuh und Arbeitskräfte in den Elternvereinen“ sprechen u. a. Der Arbeitsauschuh lädt alle Elternvereine, Vereinsmitglieder und Interessierten zu der Veranstaltung ein.

## Filmschau.

Der Graf von Cagliostro.  
Mormorhaus.

Unter den mancherlei Brunnfilmen ist dieser sicherlich der beste, und das sicherlich nicht bloß des hiesigen Aufwands wegen, wofür man eigens die Märchenwelt des Schandbrunnner Schlosses benutzte, sondern hauptsächlich deshalb, weil die vollendete Regie Schünzels die Massen ebenso in den unergleichlichen Rahmen dieser Szenen spannte, wie er bei den Einzeligen die Kunst der Darsteller jedesmal sein gegen den Duft und Klang der Koloristik abzustimmen wußte. Es hätte gemäß nicht der unnötigen Reklame für diesen Film bedurft — Hilde Wörner selbst ist im Bild geschmackvoller als bei den Anpreisungen für ihre Kunst —, um ihm bei seiner Erschließung schon die Kunst des Publikums zu sichern. Das Auge kann in zahlreichen Bildern von großer Schönheit schweifen, bewundert ebenso die Linien edler Pferde aus einem ehemals kaiserlichen Marstall, wie es sich vernehmen kann in die Pracht von Gemälden, die mit einer unheimlichen Beadour das müde Leben einer sterbenden Kultur spühhaft auf die Leinwand bannen.

Was man von der Regie Schünzels sagen muß: Sie ist genial, das kann man bei klarem Anblick von seiner Kunst als Darsteller nicht behaupten. Es ist nur das jetzt schon allzu schwammig gewordene Geschick, welches neuerdings nicht mehr jene feinsten Regungen hervorzuheben die eine Menschenseele durchdringen können — wie wunderbar war Schünzel stets ein Deuter verrückt und verkommenen Menschenstums! — oder läßt sich der Künstler neuerdings gehen, weil er weiß, daß ihm und seinem Namen der Sieg ohnehin gewiß ist? Auch Konrad Veidt hat schon Besseres als in diesem Film. Man denke nur an das ganz verinnerlichte Spiel seiner Hände in dem Film „Der Gang in die Nacht“; aber das lag wohl in erster Linie daran, daß Veidt überhaupt seine Eigenheit hier nicht recht entfalten konnte. Doch es sollte einem Künstler vom Range Veidts nicht passieren, daß er bei der Darstellung eines Menschen von einigen guten Jahren plötzlich das glatte Gesicht eines guten Jungen zeigt. Von Hilde Wörner ist das Besenlichte gefolgt, wenn man hervorhebt, daß sie ihre Koloristik mit aller Grazie trug und eben gerade so nichtsagend niedlich war, wie es so ein Lapp von Reichlichem Koloristik — übrigens von Götze ganz famos dargestellt — verlangen durfte. Dagegen war es wieder eitel Freude, dem Spiel Anita Beyers, der bis ins Innerste dringenden Beseelung ihres Gesichts, dem herrlichen Spiel ihres schmieglamen Körpers zuzusehen. Wie sie Abwehr und Angst, Verzweiflung und liebende Hingabe des Weibes gibt, macht ihr heute auf dem Film kaum eine andere nach. Kennen wir noch Hugo Berner-Kahles deren, frohstrotzenden Diener Sebastian und Hanni Weibes lehngelehmediges Kommerzöfchen, so haben wir alles, was diesem Film zum Siege verhelfen mußte. Das Publikum bekämpfte mit Recht in erster Linie einige Aufnahmen des Schandbrunnner Schlosses und gegen das Ende die geniale Aufnahme einer Flucht durch fünf Stockwerke, die jeden bisherigen Trick dieser Art weit hinter sich ließ.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 10. Februar:

1. Abt. Die Parteiorganisation und Helfer werden ersucht, Material zur Sonntagsschau bei Seifert, Lindenstr. 196 (Zigarrengeschäft), in Empfang zu nehmen.

68. Abt. (Galenstr.). 7 Uhr im Zeichenaal der 2. Gemeindefschule, Joachim-Friedrich-Str. 100, Mitgliederversammlung. Referent Maxter Dieker: „Religion und Sozialismus“.

Jugendorganisation. Gruppe Neuföh: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Roggenstr. 18, Vortrag: „Die Internationale vom Beginn des Krieges bis heute“. — Gruppe Tempelhof: 7 1/2 Uhr bei Fuchs, Weichers, Ede Kaiser-Wilhelm-Strasse, Vortrag über „Dulden“. — Gruppe Hermannstr.: 7 1/2 Uhr im Sandhaus Kreuzig, Neue Wismanstr. 42, Mitgliederversammlung. — Gruppe Friedrichshagen: 8 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 41, Vortrag über „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“.

Verbandsrat sozialdemokratischer Parteimitglieder Groß-Berlins. Abends von 7-9 Uhr in Donnerlands Festhale, Neue Friedrichstr. 35, Flugblattausgabe für die Wahlversammlung am 14. d. M.

Morgen, Freitag, den 11. Februar:

18. Kreis (Kantow). 7 1/2 Uhr bei Engel, Mühlentstr. 48, wichtige Sitzung der Elternvereine und der S.P.D.-Lehrer.

102. Abt. (Baumhulweg). 7 Uhr bei Prof. Baumhulweg, 72. Sitzung sämtlicher Funktionäre.

Jugendorganisation. 7 1/2 Uhr in der Gemeindefschule, Gutbuscher Str. 59, Vortrag über „Religionstheorie der Religion“. Referent Adolf Darnat.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Elternvereine der 12. Verwaltungsbezirks. Der 4. Vortragsabend des Gemeindef. Dr. Rische über die „Einführung der Religionen“ findet abends 8 Uhr im Zeichenaal der Realschule, Am Stubbenhagenplatz, statt.

# Wirtschaft

## Kein Abbau der Milchbewirtschaftung.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft teilt mit: In weiten Kreisen der Öffentlichkeit wird immer wieder die Meinung verbreitet, daß ein Abbau der Zwangswirtschaft für Milch im kommenden Frühjahr — es wird sogar vielfach als bestimmter Zeitpunkt der 1. Mai genannt — geplant sei. Diese Annahme ist irrig. Die Vorschriften für die Bewirtschaftung der Milch können, wie wiederholt ausdrücklich erklärt worden ist, bei der gegenwärtigen Lage der Milchversorgung nicht entbehrt werden. Um dem steigenden Bedürfnis nach Milch gerecht zu werden, wird nachträglich darauf hingewirkt, unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Bewirtschaftungsvorschriften, insbesondere der bestehenden Lieferungsbeleihungen im Wege der Lieferungsverträge mehr Milch für die milchnotleidende Bevölkerung zu beschaffen.

Für Butter gilt das gleiche, da Milch und Butter organisch zusammengehören und eine abweichende Regelung der Butterwirtschaft die notwendige Frischmilchversorgung der Kinder und Kranken ernstlich gefährden würde.

Die Betriebsräte im Aufsichtsrat. Aus dem jetzt vorliegenden Geleitworts des Reichsarbeitensministeriums über die Rechte der Betriebsräte im Aufsichtsrat leitet der Danabund mit, daß den Betriebsräten darin in der Tat sämtliche Rechte von Aufsichtsratsmitgliedern zugesamt werden. In einem Aufsichtsrat, der aus 5 oder mehr Mitgliedern besteht, sollen 2 Mitglieder des Betriebsrats entsandt werden, in allen anderen Fällen 1 Mitglied des Betriebsrats. In den „gleichen Rechten und Pflichten“ der übrigen zu einem Aufsichtsrat gehörenden Personen und des ein Aufsichtsratsmitglied ausübenden Betriebsratsmitgliedes gehören besonders die Normvorschriften des § 244 d. B. G. ferner das Recht der Überwachung der Geschäftsführung, die Einsichtnahme in die Bücher, endlich die Strafvorschriften. Die durch den Betriebsratsvertrag erweiterten Rechte und Pflichten gelten nach dem Entwurf auch für die Vertreter der Arbeitnehmerschaft. Bei einem Wahlkörper, in dem Arbeiter und Angestellte vertreten sind, kann die Minderheitsgruppe mit Stimmenmehrheit oder Stimmengleichheit die Entsendung eines Vertreters beschließen. Die ersten Wahlen für die „Betriebsrats-Aufsichtsräte“ sollen 8 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes eingeleitet werden. Der Danabund agitiert lebhaft dafür, daß diese Bestimmung zugunsten der Arbeitnehmer abgeändert werde.

Für eine südwestdeutsche Wirtschaftsprovinz. In einer vom radikalen Minister des Innern einberufenen Tagung der Vertreter von 49 wirtschaftlichen Verbänden in Baden, sowie der badischen Mitglieder des Reichstages und Reichswirtschaftsrates wurde die Frage der Bildung einer südwestdeutschen Wirtschaftsprovinz behandelt. Die überwiegende Mehrheit sprach sich dafür aus, daß, falls das Reich die Schaffung von nur zehn bis zwölf Wirtschaftsprovinzen beabsichtigt, die Bildung einer überstaatlichen südwestdeutschen Wirtschaftsbezirkses, bestehend aus Baden, Württemberg und der Pfalz unter event. Ausdehnung von Südbaden, in die Wege geleitet werde. Die Bildung einer südwestdeutschen Wirtschaftsprovinz mit Frankfurt a. M. als Zentrale wird dagegen einstimmig abgelehnt. Ein Arbeitsausschuss, in dem die sämtlichen wirtschaftlichen Verbände Baden vertreten sein würden, wird unter dem Vorsitz eines Regierungsdirektors die Frage weiter behandeln.

Die Entscheidung über die Kohlenpreiserhöhung, die vom großen Ausschuss des Reichslohnenrates und vom Reichslohnenverband beschlossen war, aber von der Reichsregierung beanstandet wurde, wird — wie alle Entscheidungen so dringlicher Art — erst nach den Freiwahlen fallen. Die Vollversammlung des Reichslohnenrates, vor der die Regierung erneut Stellung nehmen soll, findet am 24. Februar statt.

Die neuen Schrottpreise. In den nächsten Tagen wird im „Reichsanzeiger“ die „Verordnung über die Festsetzung der Höchstpreise für Schrot und Gußbruch“ veröffentlicht werden, die der Reichswirtschaftsminister auf Grund der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft nach Anhörung des Eisenwirtschaftsbundes erlassen hat. Die neue Verordnung enthält noch nicht die eigentlichen Höchstpreise, sondern bestimmt lediglich das Wertverhältnis von Kernschrot und Maschinenbruch zu den übrigen Schrot- bzw. Gußbruchsorten für den Fall, daß die Lage des Schrotmarktes es erforderlich macht, zur Sicherung der Versorgung der eisenerzeugenden und -verarbeitenden Industrie mit diesen Rohstoffen die Schrot- und Gußbruchpreise auf eine bestimmte Höhe zu beschränken.

Die Verschmelzung der R. Wolf & Co. mit der Maschinenfabrik Budaun wurde von der Generalversammlung dieser beiden Unternehmungen einstimmig beschlossen.

Die schwedischen Aufträge der Elektroindustrie. Im Mittelungsblatt des Siemenskonzerns wird über die schwedischen Aufträge der Siemensgruppe und der A.E.G. folgendes mitgeteilt: Bei einer Ausschreibung der schwedischen Staatsbahnverwaltung Sommer 1920 erhielten die S.E.S. zusammen mit der A.E.G. einen Auftrag auf Lieferung der elektrischen Ausrüstung von 11 Güterzug-Lokomotiven im Werte von etwa 50 Millionen Mark. Die Lokomotiven sind Doppel-Lokomotiven der Bauart 1-C+O-1, d. h. jede der beiden kurz gekuppelten Hälften besitzt 3 Triebwagen und eine Laufachse. Die Lokomotiven gehören zu den stärksten in Europa gebauten. Sie haben Traglast von rund 2000 Tonnen Gewicht zu betreiben, ihre größte Zugkraft beträgt rund 28 000 Kilogramm, die 4 Motoren haben zusammen eine Stundeleistung von 2182 Kilowatt.

Der Rückgang des englischen Außenhandels. Alle englischen Blätter befassen sich mit dem Niedergang des englischen Außenhandels, der in den amtlichen, vom Handelsblatt soeben veröffentlichten Ziffern zum Ausdruck kommt. Die Einfuhr betrug im Januar 117 050 783 Pfd. Sterling, verglichen mit Januar 1920 eine Abnahme von 66 292 203 Pfd. Sterling, also um ein Drittel, die Ausfuhr 92 756 094 Pfd. Sterling, verglichen mit Januar 1920 eine Abnahme von 13 123 815 Pfd. Sterling, also um ein Siebtel; die Bederachfuhr betrug 9 955 119 Pfd. Sterling, das sind 15 509 458 Pfd. Sterling weniger als im Januar 1920. Die gesamte Kohlenausfuhr im Januar betrug nur 1 700 106 Tonnen gegen 3 338 573 Tonnen im Januar 1920. Der Wert der ausgeführten Kohlen betrug 5 556 708 Pfd. Sterling gegen 11 642 127 Pfd. Sterling im Januar 1920. Der Kohlenexport nach Frankreich ist auf 191 595 Tonnen im Werte von 708 294 Pfd. Sterling zurückgegangen, während er im Januar 1920 457 008 Tonnen im Werte von 1 697 632 Pfd. Sterling betrug.

# Soziales.

## Stempelsteuervorschläge.

Der preussische Pressedienst schreibt: Am 1. Februar trafen die von der Preussischen Verfassungskommission Landesversammlung in ihrer letzten Sitzung beschlossenen Änderungen des preussischen Stempelsteuergesetzes in Kraft. Unter einstweiliger Zurückstellung einer grundlegenden Neugestaltung des preussischen Stempelsteuergesetzes ist die allgemeine Erhebung prozentualer Zuschläge zu den Steuerbeträgen des geltenden Stempelsteuergesetzes vorgeschrieben, und zwar soweit die Höhe des im Einzelfall zu erhebenden Stempelbetrags nicht nach dem Werte des Gegenstandes zu berechnen ist, in Höhe von 300 v. H., im übrigen in Höhe von 100 v. H.

Eine Ausnahme gilt für Pacht- und Mietverträge über inländische, nicht der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung dienende Grundstücke, Gebäude und Räume und über inländische, den unbeweglichen Sachen gleichgeachtete Rechte, deren Besteuerung auch fernerhin nach den geltenden Tarifhöhen ohne Zuschläge erfolgt. Gleichzeitig tritt eine Änderung der geltenden Befreiungsvorschriften infolge ein, als Befreiung von Gegenständen, deren Wert nach Geld geschätzt werden kann, in Zukunft von der Stempelsteuer befreit sind, wenn dieser Wert 300 M. (bisher 150 M.) nicht übersteigt und Arbeits- und Dienstverträge stempelsteuerfrei bleiben, wenn der Jahresbeitrag der Gegenleistung 15 000 M. (bisher 1500 M.) nicht übersteigt. Das Gesetz, dessen Ausführung dem Finanzminister obliegt, gilt für die Zeit vom 1. Februar 1921 bis zum 31. März 1922.

## Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, Sekretariat: K.M. 48, In den Jellen 13.  
Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Zentraljugendheim, Lindenstr. 2, 2. Hof links, 3. Tr., Besprech. Otto Müller „Erziehung zum Sozialismus“. — Vorkurs: Jugendheim, Weimann, Riebelstr. 4, Vortrag: „Eine Reise nach dem Orient“. — Charlottenburg: Jugendheim, Köpenicker Str. 4, Vortrag: „Landtagswahl und Arbeiterjugend“. — Gesundbrunnen: Jugendheim, Schule Forstburger Str. 2, Mädchenabend mit Vortrag: „Die Gefahren der Großstadtjugend“. — Wilmersdorf: Jugendheim, Mühlentstr. 19, Mädchenabend. — Kreuzberg: Jugendheim, Schule Bismarckstr. 15, Mitgliederversammlung. — Ostend: (St. Pauli) Jugendheim, Schule Roggenstr. 8, Vortrag: „Das Verbot der Arbeiterjugend“. — Reinickendorf: Jugendheim, Schule Eichenstr. 10, Vortrag: „Kommunisten und Sozialisten“. — Schöneberg: Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20, Disziplinabend. — Der Reichsverband von Berlin. — Schöneberg: Vorkurs II: Jugendheim, Köpenicker Str. 4, Vortrag: „Was ist der Sozialismus?“. — Kreis Kiefern: Kreisjugendversammlung bei Köpenicker, Gesundbrunnen Str. 2, 7 Uhr.

Sonntag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, Lichtbildervortrag, Kassenbeleg 1 M.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Schachspieler. Am Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, veranstaltet der Berliner Arbeiter-Schachklub, Abt. Lichtenberg-Friedrichshagen, im Lokal „Zur Watzburg“, Franzfurter Allee, direkt am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichshagen, eine große Schachveranstaltung. 1. Haupt- und 2. Simultananveranstaltung. Abends gemütliches Beisammeln, wozu alle Arbeiter-Schachspieler herzlich eingeladen sind. — Arbeiter-Kingkong, Bezirk 4 (Wedding-Gebäudebrunnen). Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula des Wilhelms-Gymnasiums, Übungsstunde. — Reichsvereinigung ehemaliger Kreisverwalter, Gruppe R. 2, Versammlung im „Vocallino-Club“, Schönhauser Allee 28, 8 Uhr.

## Aus aller Welt.

Der Revolver als Argument. Das Literatenkaffee „Café Central“ in Wien war der Schauplatz einer aufregenden Szene. Der auch in Berlin bekannte junge Wiener Schriftsteller Anton Kuh wurde im Kreise von Literaten und Schriftstellern von seinen eines Anhängers des Herausgebers der „Fackel“, Karl Kraus, mit einem Revolver attackiert. Die Waffe wurde dem jungen Enthufsten noch im letzten Augenblick, ehe ein Unheil geschehen konnte, aus der Hand geschlagen und der Mann aus dem Kaffeehaus hinausgedrängt. Anlaß zu der Tat des Anhängers von Karl Kraus bot ein in einem Wiener Morgenblatt erschienener Auszug aus dem neuen Buch von Anton Kuh, „Juden und Deutsche“, in welchem Kuh Karl Kraus als einen Hysteriker bezeichnete.

Schlafkrankheit. In London wurden in der Woche vom 15. bis zum 22. Januar amtl. 21 Fälle von Schlafkrankheit festgestellt. — Nach einer Haasmeldung aus Chalons-sur-Saone ist ein fünfzehnjähriges Mädchen seit neun Tagen von der Schlafkrankheit befallen. Die Kranke wird mit Milch und Eiern genährt. — Es liegt nahe, daß Westeuropa die Schlafkrankheit dem Nigerimport verdankt. Auch im schiffbau-industriellen Industriegebiet ist die Schlafkrankheit aufgetreten, vorerst nur leichtere Fälle, doch auch schon einige Todesfälle; so verstarb eine 30jährige Frau nach acht Tagen fast ununterbrochenen Schlafens.

Ein Seesdampfer gestohlen. Die hatten sich im Bosporus des Dampfers Alcmabar bemächtigt und waren mit ihm nach dem Schwarzen Meer geflohen. Ein französisches Ausflugschiff entdeckte den gestohlenen Dampfer. Ein französischer Offizier und vier Seeleute schifften sich auf dem wiedergefundenen Dampfer ein, um ihn nach Konstantinopel zurückzuführen. Sie wurden jedoch auf der Fahrt von der Besatzung überfallen, und das Schiff lief in Heraclea ein. Die Nationalisten in Heraclea wollten die französischen Seeleute als Gefangene behalten. Infolge der Entsendung eines Kriegsschiffes entschlossen sie sich jedoch schließlich, die Seeleute freizugeben. Das Schicksal des Dampfers Alcmabar wird später geregelt werden.

Exterritorial für Bazillen? Anlässlich des Zwischenfalls mit der russischen Delegation, die sich weigerte, sich der Quarantäne in Terijoki zu unterwerfen, wird sinnvollerweise darauf hingewiesen, daß die Immunität für Diplomaten, auf welche die Russen sich berufen, im fraglichen Fall nicht anwendbar ist, da laut geltenden völkerrechtlicher Praxis keine Ausnahmen von sanitären Bestimmungen gestattet sind, eine Ansicht, die hervorragende Autoritäten, u. a. der Engländer Salow, geäußert haben.

## Sport.

Arbeiter-Turn- und Sportklub. 4. Bezirk. Sonnabend: Vorturnfestus für Turnerinnen und Turner zur Vorturnprüfung in Schöneberg, Turnhalle Tempelhofer Weg (Fh. Oberstraße), 7-8 Uhr. Prüfung findet am Sonntag, 27. Februar, statt. — Ein Wasserregiment für Gullerinnen und ein Wasserregiment für Jugendturner und -turnerinnen veranstaltet die Arbeitsgruppe des 4. Bezirks am Sonntag in Sankt Luis, Turnhalle Schöneberg, nachmittags 2 Uhr. Nach dem Zeitpunkt im Paroliegarten, Schönebergstr. — Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin (Mitgl. d. T. V. u. S. V.). Sonntag: Treffpunkt aller Leichtathleten in Schöneberg, Sportplatz Jugendheim, Hauptstr. Ede Rubensstraße, vormittags 10 Uhr. Verbindung zum Reichsturnfest. — Mittwoch: Alpenklub, Brauerei Köpenicker, Schönhauser Str., 8 Uhr.



**TRADITION**  
Die neue **PROBLEM** Zigarette!



# GEBR. WOLFF & KELLER

BERLIN W8  
Leipziger Str. 29

WEKA-HAUS  
Ecke Friedrichstr.

H

aus dem reichhaltigen  
Lager unserer Spezial-  
Abteilung für vornehmste  
Herrn-Wäsche-Ausstattungen.

OBERHEMDEN  
PYJAMAS  
KRAGEN  
KRAWATTEN  
STRÜMPFE  
TRIKOTAGEN



# 3 Tage

Morgen  
letzter Tag  
des Sonderverkaufs

ERSTKLASSIGE  
HERRENSTOFFE

stehen in sehr großen Partien für  
Anzüge, Ulster, Damen-Kostüme u.  
Damen-Mäntel meterweise z. Verkauf

SERIE 1 140cm br. das Meter **87.-**  
SERIE 2 140cm br. das Meter **107.-**  
SERIE 3 140cm br. das Meter **127.-**

Zum Verkauf kommt

## AUSSCHLIESSLICH QUALITÄTSWARE ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis!

Bezirksverband Berlin  
S.P.D. — 33. Abt.  
Nahent.

Am Sonntag den 6. Febr.  
veranst. Vorstand der Genoss.  
**Andreas Dillberg**  
Gefühlshier Str. 50.  
Er grüßte die Partei  
am unteren Ende seit dem  
Jahre 1903 an. 173 17  
Ohne feinem Wadentun!

Direkt ab Fabrik!

L. solid. Aus ührig, dauerhafte  
Bauart, bestes Material



Kasten- und Lohwagen  
90 100 110 120 cm Kant-  
länge  
105-213-230-290-  
gegen Voreinsendung des  
Betrages (Postcheckkonto  
Nr. 24826 Hannover)

Hildesheim-Hamelner  
Holzwaren-Industrie  
Hildesheim 4. 50

An die freigewerkschaftlich organisierten Funktionäre und  
Vertrauensleute aller Gemeindebetriebe Groß-Berlins!

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr,  
in der Köpcke-Brauerei, Prenzlauer Allee 212:

### Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tagesordnung:

- Bericht über den Spruch des Schlichtungs-Ausschusses vom 2. Februar er.
- Diskussion und Beschlußfassung über etwaige Maßnahmen.

Zutritt haben nur Funktionäre der unterzeichneten Organisationen unter Vor-  
zeigung ihres Ausweises und Mitgliedsbuches.

Die Ortsverwaltung:

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.  
Deutscher Transportarbeiter-Verband.  
Deutscher Metallarbeiter-Verband.  
Verband der Maschinisten und Feiler.  
Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiten.  
Zentralverband der Angestellten.

Kupfer, Rotguß,  
Messing usw.

Kauft zu den höchsten Tages-  
preisen  
Buckower Str. 12, Ecke Dres-  
dener Str.

Metallbetten  
Stahlrohrbetten, Rind-  
betten, Voller an Iebemann.  
Ratlos fr. Eisenmöbelabrik,  
Suhl in Thür. 82/15

Aerzil, Hellanstalt vorm. Dr. Dammann  
Spezial-Behandlung  
für alle Geschlechtskrankheiten  
nach langjährig bewährtem Verfahren.  
Berlin W 300, Potsdamer Str. 123 B.  
Sprechstunden 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.  
Bei Angabe des Leidens wird belehrende Broschüre  
diskret verschlossen ohne Absender gegen 1 M. zuges.

Hochelegante, aparte  
**Schlafzimmer**  
weiß- und eichenbeinlackiert,  
Schrank, 181 cm. oval, facet. Spiegel, große  
Prisicrtoilette, mit drei -pielein, große Betten,  
Umbau, Apotheken, Matratzen usw.  
ermäßigt auf M. 5950.—  
Kleinere Schlafzimmer, saubere Ausführung,  
we. lack., komplett von M. 2975.— an.  
Eigene Lackerei.  
Görlitz, Charlottenburg Wilmsdorfer  
Str. 36.  
Bill. Quelle auch für Wiederverkäufe.

PHILIPP  
SCHEIDEMANN  
DER  
ZUSAMMENBRUCH  
1914-1918  
PREIS 30 MARK  
Verlag für Sozialwissenschaft Berlin SW.68  
NEU

W. Voßberg  
Telephon:  
Steinplatz 307-308  
Eintragungen  
in die neue  
Brikettkundenliste  
nur noch bis 10. Februar  
an dem Lagerplatz:  
Halensee, Heilbronner Straße 15  
Koks für Zentralheizung

Jede kluge Hausfrau  
wäscht mit  
**"Gauger"**  
Reine Wäsche ohne Mühe  
Wieder in seiner rühmlichst  
bekannt. Qualität überall erhält  
Neuer Preis M. 1.00, 1.20, 1.50.

Metalle  
Metallabfälle  
Metall-Rückstände  
Chemikalien  
Telegramm-Adresse: Tefloin  
Telephon: Nollendorf 944, 945, 946  
Th. Flörshiem & Cie.  
BERLIN W. 57  
Potsdamer Straße 74

NEU!  
Gartland-Parzellen  
zur Bewirtschaftung. Kapital-  
anlage, auch zur Erzeugung von  
Einkünften, sehr bequem  
erzielbar, von  
85 Mk. an die O.D.  
Lustort und Sonntag.  
Niederhöfenhausen, Kaiser-  
Wilhelm-Str. 47, am Straßen-  
bahnhof Heidenb.  
S. Joseph, Amt Wobitz 8875

Homöopath. Institut  
Geschichts-, Heil-, Harnfeld,  
Fad in Urin-Verunreinigung, trische  
u. alte Fälle. Schnelle, sich-  
schmerzli. Bhdg. 30 Jähr. Prax.  
Hardenz, Friedrichstr. 112b,  
Oranienb. Tor. Spr. 9-2, 4-8.  
Hausierer kauft Rosenkr.,  
Kragenschnepfen, Sirichbinder,  
Socken, Manchesterhosen u.  
Westen äußersi preisw. J. Alt-  
berg, Neukölln, Burgstr. 154.



Münzstr. 24  
Erste Etage

# BERLOWITZ

Münzstr. 24  
Erste Etage

Herrenstiefel Goodyear Welt **149,-**



**Gold** - Vertretter gesucht. Prospekt gratis.

**Fink** - Fachkundige Beratung. Reparaturen aller Halter.

Berlin V., Friedrichstr. 74, gegenüber Kaiser-Café.

**Spezial-Arzt** Dr. Stette für alle Geschlechts- u. Hautkrankheiten.

**Dir.: A. Löser sen.** - Nur Rosenthalerstr. 69-70

**Zinn u. Blei** - Metallschmelzwerke, Waldemarstr. 74.

**Metallankaufsstelle** - Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

# Lebensmittel

**Fleisch**

Suppenfleisch... Pfund 11.50  
Rinderbrust... Pfund 12.50  
Rinderkamm... Pfund 12.50  
Schmorfleisch... Pfund 13.50  
Kalbvorderfleisch... Pfund 12.00  
Kalbskeule... Pfund 13.00

Weißer Bohnen... Pfund 1.00  
Riesen-Erbisen... Pfund 1.95  
Grüne Erbsen... Pfund 1.95  
Linsen... Pfund 4.25

Haferflocken... Pfund 3.20  
Maisgries... Pfund 2.85  
Kunsthonig... Pfund 4.40  
Pflaumen... Pfund 4.75

Bandnudeln... Pfund 7.50  
Briekäse... Pfund 7.50  
Salzheringe... 60 Pf.  
Bücklinge... Pfund 4.90

**Wurst**

Leberwurst... Pfund 14.00  
Jagdwurst... Pfund 18.00  
Landleberwurst... Pfund 20.00  
Fleischwurst... Pfund 20.00  
Grobmettwurst... Pfund 21.00  
Teewurst... Pfund 25.00

**Schweine-Schmalz** - garantiert rein Pfund 11.90

**Dänische Sahne** - Flasche 6.00

**Prima Margarine** - Pfund 10.25

**Knorr's Hafermehl** 1<sup>05</sup>  
**Deutscher Kakao** 18<sup>75</sup>

**Tilsiter Käse** 6<sup>20</sup>  
**Gouda-Käse** 9<sup>85</sup>

**Rangoon-Vollreis** 2<sup>85</sup>  
**Amerikan. Sahne** 9<sup>20</sup>

**Kaffee** - frisch gebrannt, 1/2 Pfund  
9.00 10.00

# JANDORF

Belle-Alliance-Strabe Grobe Frankfurter Strabe Brunnenstrabe Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strabe

**Gehacktes Rindfleisch** - Pfund 13.00

**Theater, Lichtspiele etc.**

**Opernhaus** - Versiegelt  
**Schauspielhaus** - Die Sterne  
**Deutsches Theater** - Cisar und Kleopatra  
**Kammerspiele** - Stella  
**Gr. Schauspielhaus** - Passion  
**Königsplatz** - Jekaterina  
**Komödienhaus** - Die Sache m. Lola  
**Berliner Theater** - Die spanische Nachtigall  
**Residenz-Theater** - Die Freundin  
**Trianon-Theater** - Die Gesehacht des Abbé Chateauf  
**Rose-Theater** - Deserteure

**Apollo-Theater** - Madame Dubarry's Liebesleben  
Saharet

**Folies Caprice** - Pfeffer und Salz  
**Königstadt-Theater** - Die rote Schuhe  
**Schall und Rauch** - Die Rose von Stambul

**Metropol** - Wenn Liebe erwacht  
**Kleines Theater** - Casanovas Sohn  
**Reichshaus-Theater** - Die Gesehacht des Abbé Chateauf  
**Scala** - Die Gesehacht des Abbé Chateauf

**Park-Restaurant Südende** - Tanz-Abende

**3 enorm billige Inventur-Verkaufstage** - bis 12. Februar  
**Perser und Deutsche Teppiche**  
**Emil Lefèvre** - Oranienstr. 158.

**Für Wiederverkäufer!** - Quitten-Marmelade, Jams-Marmelade, Dreifrukt-Marmelade, Amerikanische Sahne, Kakao, Nuß-Schokolade, Narzipan-Schokolade, Schokoladen-Printen, Gebr. Kaffee, Feinste Tafelöle, F. P. Adolf Kauffmann

**Tresortür** - feuer- und einbruchssicher

**Achtung! Händler!** - Prima Maccosenkel, Stellengesuche, Kastenmacher und Helfer, Carrosserie Moerl, Typenrichter

**Tüchtige Verkäuferinnen** für Kurzwaren, Herrenartikel, Damenwäsche, Weißwaren, Stickereien sowie tüchtige Kassiererinnen  
**A. Jandorf & Co.** Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 118/119



# Beratungen der deutschen Gegenvorschläge.

Berlin, 2. Februar. (WZ.) Im Auswärtigen Amt fand heute unter Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entscheidungssitzung im einzelnen zu erörtern und die deutschen Gegenvorschläge vorzubereiten. Der Reichsminister des Auswärtigen gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entscheidungssitzungsproblem bezieht. Die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hier bei besonderer Beachtung — nach eingehender Besprechung der einzelnen in Frage kommenden Probleme durch die Anwesenden wurde ein engerer Arbeitsausschuss eingesetzt, der seine Beratungen am nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuss gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz-, der Landwirtschaft, der Seefischerei und der Arbeitnehmer an.

## Die Pariser Kammerdebatte.

Paris, 2. Februar. (WZ.) In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer wurde die Interpellationsdebatte auszufassen und frühere erste Finanzsachverständige Frankreichs bei der Friedenskonferenz

### de Cassyrie.

Nach seiner Ansicht müsse man anerkennen, daß der Ministerpräsident unter besonders schwierigen Umständen verhandelt habe, da die Politik Frankreichs in der Entscheidungssitzung schwankend gewesen sei. Nachdem man geschrieben habe, Deutschland werde alles zahlen, habe man einsehen müssen, daß es nicht genüge, diese Behauptung aufzustellen. Man habe mit den Verbündeten von „Porzell“ gesprochen. Wer aber fortwähle, meine damit nachsch. In politischer Beziehung bedeute das Pariser Abkommen einen Erfolg, weil die alliierte Front gegenüber Deutschland wiederhergestellt wurde, das den Versuch gemacht habe, die Alliierten zu verunsichern. In finanzieller Beziehung seien die Ergebnisse nicht so befriedigend. Lordeau rufe zwar „führen wir den Friedensvertrag aus!“, der Vertrag aber sei

### ein ziemlich mangelhaftes diplomatisches Instrument.

Aber er sei eben vorhanden. Die Reparationskommission habe ihre Rechnung noch nicht aufgestellt. Der Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Dubois, habe den Schaden an Personen und Sachen auf zweihundert Milliarden geschätzt zu einer Zeit, zu der von Beschäftigten noch nicht die Rede gewesen sei. Das Abkommen von Paris bedeute ein Opfer Frankreichs. Wenn man einen Diskont von 6 Proz. berechne, könne man den Anteil, den Frankreich erhalten werde, auf rund 55 Milliarden berechnen. Wenn man bedenke, daß der französische Handel wesentlich gestiegen sei, und zwar von 4 Milliarden auf 22 Milliarden, müsse man annehmen, daß auch der deutsche Außenhandel in gleicher Höhe in die Höhe gehen werde.

Der Abgeordnete de Cassyrie fährt weiter aus: in Frankreich gebe es keine Imperialisten. Aber man müsse doch wissen, ob Deutschland zähle. 1871 hätten die Deutschen als Sicherheitsleistung für die Zahlung territorialer Opfer genommen. Lordeau ruft: Wenn Deutschland die Vertragsklauseln nicht ausführe, werde die Befehlshaberfrist verlängert. de Cassyrie fährt fort: Wenn Deutschland in den ersten 15 Jahren seine Annuitäten bezahlt hat, hat es damit schon die Klauseln ausgeführt. Der Abgeordnete ergeht sich dann in Betrachtungen über die Prosperität der deutschen Industrie und über das angebliche „Märchen des Gloms“ in Deutschland. Sie läuschen die Alliierten, ob es sich um die Eisenbahnen oder die Finanzen handle. Deutschland habe nur 100 000 Mann unter den Waffen, Frankreich 700 000 bis 800 000 Mann. Sie seien in den nächsten, anstatt in den nächsten und auf dem Felde. Der Abgeordnete sagt, die Sachverständigen in Brüssel hätten als Zahlungsfähigkeit Deutschlands 3 Milliarden Jahreszahlungen abgeschätzt. Sehr hohe man nur 2 Milliarden vor. Minister Doussour ruft: Für 5 Jahre sehen wir 19 Milliarden vor. Die Sachverständigen sprachen nur von 15 Milliarden. de Cassyrie verlangt Klärung darüber, ob

### die 20 Milliarden Goldmark

erster Zahlung von der Gesamtschuld abgezogen würden. Finanzminister Doumer erwidert, diese 20 Milliarden Goldmark seien eine Sicherheitsleistung für die Ausgaben, die zu truppen, seien eine Sicherheitsleistung für die Ausgaben, die zu Besten Deutschlands gingen, besonders für die Unterhaltung der Besatzungstruppen. Der Abgeordnete Puch ruft bewußt: „Das hätte in dem Abkommen vorsehen werden müssen!“ de Cassyrie will auch Klärung haben über die Naturalleistungen Deutschlands und über die Lieferung von Holz, Kohlen und ähnlichen Produkten. Er befürchtet, daß Frankreich große finanzielle Schwierigkeiten in den nächsten Jahren haben werde. Der Finanzminister müsse ein vollkommenes Programm aufstellen. Deutschland müsse internationale Anleihen aufnehmen und Frankreich müsse ein Abkommen mit kleinen Alliierten über die Tilgung der deutschen Schuld treffen. Nach dieser Richtung genüge das Abkommen von Paris nicht. Während des Krieges oder vor 18 Monaten hätte man derartige Verhandlungen leichter erzielen können. Sowohl Lloyd als auch Ministerpräsident Briand beschäftigen, daß die Erzielung der finanziellen Solidarität Schwierigkeiten gemacht habe und noch mache. Briand sagt, 1916 habe eine wirtschaftliche Konferenz stattgefunden. Er habe damals den Grundlag der Solidarität erzielt.

de Cassyrie beendet seine Rede, indem er ausführt, Ministerpräsident Briand müsse den Deutschen, die nach London kämen, am 1. März (1), begreiflich machen, daß Frankreich weitere Zugeständnisse nicht machen könne, und daß, wenn es weiter entgegenkäme, es einen Zusammenbruch erleide. Er habe Vertrauen zu Briand, daß er die Interessen Frankreichs verteidigen werde.

### André Desjoux

erklärt, die Entscheidungen, die über die Entlassung in Paris getroffen worden, befriedigen (?), was er jüngst in der Kammer gesagt habe. Nach seiner Ansicht hätte man nach dem Abkommen von Boulogne 41 200 000 000 M. bekommen, nach dem Abkommen von Paris erhalte man 33 282 000 000 M. Wenn man die deutsche Ausgabe mit durchschnittlich 14 Milliarden berechne, könne man durch die Ausfuhrsteuer zu fast gleichen Ergebnissen kommen, wie sie in Boulogne vorgelesen worden seien. Die Ausfuhrsteuer von 25 Milliarden, die Doucheur angegeben habe, könne ihm nicht zuzurechnen, aber man habe doch vor dem Paradoxon, daß Deutschland einander prosperiere, so daß es möglich sei, für 25 Milliarden jährlich auszuführen, oder Deutschland führe nicht aus, dann könne es eben nicht bezahlen. Eine amerikanische Gesellschaft habe für die deutschen Eisenbahnen 25 Milliarden geboten (?), es gebe aber auch noch andere Werte in Deutschland. Man dürfe keine Politik der Schwäche betreiben, denn diese führe notwendigerweise zum Kriege. Wenn Deutschland nicht bezahle,

# Vom preussischen Wahlkampf.

## Wie man in Altpreußen Wahlen machte.

Ohne jeden Grund zernern heute die Reaktionsäre über Wahlbeeinflussung durch die Regierung. Wie es das konservative Altpreußen machte, dafür folgende Beispiele:

In Erwiderung auf eine Rede des Zentrumsabgeordneten Spahn führte Reichskanzler Fürst Bismarck am 25. Februar 1867 im Reichstage aus:

Der Herr Abgeordnete Spahn hat sich auch beschäftigt mit der Haltung der Regierung und mit meiner Haltung gegenüber den Wahlen. Er hat von Wahlbeeinflussungen gesprochen. Ich nehme für die Regierung und ich nehme für mich das Recht in Anspruch, bei den Wahlen die Wähler aufzufordern über die Absichten der Regierung und über die Absichten der Gegner der Regierung. Von diesem Rechte werde ich bei künftigen Wahlen sogar in noch viel weiterem Umfang Gebrauch machen. Da werde ich Ihnen, meine Herren von der äußersten Linken, noch ein ganz anderes Lied vorblasen. Das wäre noch besser, wenn gegen die Regierung mit den unerhörtesten Beschimpfungen und Wahlscheudrungen vorgegangen wird, der Regierung aber verblüdet man das Maul, die soll nicht einmal antworten dürfen! Nein, meine Herren, wenn wir angegriffen werden, so antworten wir. Wenn man auf uns schließt, so schließen wir wieder. Das geschieht in anderen Ländern auch so Gerade in den konstitutionell-parlamentarisch regierten Ländern nehmen die Minister noch einen viel größeren Anteil an dem Wahlkampf, als das, wenigstens bisher, bei uns der Fall gewesen ist.

Genau im gleichen Sinne hat sich auch Bismarck am 18. April 1866 im Reichstage des Norddeutschen Bundes ausgesprochen:

„Ich nehme für die Regierungen das Recht in Anspruch, daß sie durch jedes Mittel und jedes Organ fundieren, wenn sie selbst gewählt zu werden wünschen. Es liegt das in der Wahlfreiheit der Regierungen, die ebenfals ihre Berechtigungen haben, wie die Parteien und die den Regierungen entgegengesetzten Parteien. Ich glaube, darauf, zu wissen, wenn die Regierungen gewählt zu werden wünschen, haben die Wähler ein Recht, ebenso wie die Regierungen das Recht haben, das kundzugeben.“

Die Wähler, die die Absicht haben, Kandidaten zu wählen, die der Regierung genehm sind, würden in ihrer Wahlfreiheit beeinträchtigt werden, führt Bismarck weiter aus, wenn sie nicht erlauben, wer diese genehmten Kandidaten sind. Der erste Kongress des Deutschen Reiches erklärte dann weiter:

„Ich erlaube nur das Wort, um dieses Recht der Regierung im Betreff zu konstatieren. Die Bundesregierungen haben das Recht zu einem freien Glaubensbekenntnis in bezug auf die Wahl und auf die Person, die sie gewählt zu werden wünschen, ebenfals wie jeder Privatmann. Wo sie nicht das Recht haben, das ist irgendwelche Beeinflussung durch Drohungen, durch die Anstiftung von Parteien oder Nachteilen, wenn so oder so gestimmt wird.“

Denselben Standpunkt hat Bismarck auch in einer Reichstagsrede am 3. März 1881 vertreten, indem er erklärte:

„Es gibt manchmal Wähler, die wollen gerade so stimmen wie die Regierung, die halten die Regierung für weiser als sich selbst — gewiß sehr im Unrecht, aber es gibt solche! —, die sagen: wir wünschen den Kandidaten der Regierung zu kennen und wollen für den stimmen. Hat nun die Regierung das Recht, sich darüber auszusprechen und die Wahlfreiheit dieser Wähler durch ihr Einschweigen zu verkrüppeln? Ich weiß das nicht, das ist eine Frage, die diskutiert ist. Aber es sind doch auch Menschen, die die Regierung bilden. Es sind Personen, Anwälte und haben das Recht, ihre Meinung durch die Presse kundzugeben, so gut wie ein anderer.“

Wenn man diese Stimmen der Vergangenheit hört, so begreift man die Heuchelei der rechtsstehenden Presse, die sich jetzt auf die gegenwärtige preussische Regierung stützt, weil sie vor den Wählern Rechenschaft abgelegt hat über das, was sie geleistet hat. Denn was Bismarck recht, was Bismarck billig war, das wird so wohl noch in erheblich beschuldenerem Umfang der roten preussischen Regierung erlaubt sein. Oder will man nicht einmal den Bayern befehlen, daß das ganz etwas anderes ist?

## Ein Mahnruf an die Angestellten.

Unter den furchtbaren Wirkungen des Weltkrieges waren die Angestellten erzwungen und gezwungen in Säoren in Gewerkschaft und Partei. Leider muß gesagt werden, daß ein Teil der Angestellten auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiet bald von einer Mäßigkeit befallen wurde. Fragen wir, warum wurden die Angestellten in Handel und Industrie politisch und gewerkschaftlich so jähnel müde?

Mit der Durchführung der sozialistischen Forderungen ging es einem Teil der politischen Erwachten nicht jähnel genug vorwärts.

hann müsse man dort die Hälfte des Wertes des französischen Handels haben, und das sei kein einfacher willkürlicher Spitzweg.

Wenn man aber nicht nach Deutschland gehe, um das Geld zu holen, dann werde es nicht bezogen.

In Deutschland zeige sich schon jetzt eine Solidarität der Interessen bei allen Klassen der Bevölkerung. Sie wollten nicht bezahlen (?). In Frankreich aber gebe es eine Solidarität der Klassen, damit man bezahlt werde. Letztere begünstigen den Ministerpräsidenten, daß er sich nicht gebunden habe, und daß er vor das Parlament gekommen sei, bevor er Verpflichtungen übernommen habe, namentlich in bezug auf den Vertrag von Sèvres.

Ministerpräsident Deland sagt: Beweisen Sie nicht meine Aufgabe. Sie haben an der Regierung teilgenommen, die diesen Vertrag ausgehandelt hat. Jetzt wird man in London darüber verhandeln. Mehr kann ich darüber nicht sagen.

Letztere schließt: Die Welt müsse wissen, daß das französische Parlament und Frankreich nicht geneigt seien, alles mit verdunkelten Augen hinzunehmen. Der Abgeordnete Jorgend erklärt, daß nach seiner Ansicht der Vertrag von Paris den Vorteil habe, mit der Unsicherheit zu brechen, die der Vertrag von Versailles geschaffen habe. Es sei ein Vorzug, daß nicht die Reparationskommission, sondern die Regierungen jetzt die Ziffern festgelegt hätten. Dadurch habe man eine Solidarität für etwa notwendige Zwangsmaßnahmen getroffen. Das Abkommen von Paris sei insoweit ignobil, als es mögliche Annuitäten zusammenzufassen mit der Globalsumme. Es sei auch zu billigen, daß man für die Berechnung der Schäden nicht den augenblicklichen hohen Preis, sondern einen mittleren Preis annehmen wolle.

Paris, 2. Februar. Bis Havos berichtet, hat Doucheur gestern in der Kammer gesagt, es sei notwendig, daß die deutsche Handelsabkündigung mit 9 bis 10 Milliarden aktiv sei.

Neue Kommunistenwerbungen in Frankreich. Nach Mitteilungen aus Marseille sind dort vier Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden. Auch diese Verhaftung steht im Zusammenhang mit den in Paris eingeleiteten Untersuchungen über die kommunistische Propaganda.

Bereits in den Novembertagen des Jahres 1918 wurden die Angehörigen zu unglücklichen Demonstrationen, Versammlungen an gross und anderen Dingen aufgefordert. Zur praktischen Arbeit kam es nie. Bei all dem Hebelmaß wurde der Unternehmer der Lachende Dritte.

Welch schwere und bittere Kämpfe hat es vom Fall des Scheiters gefehlt bis zum Ausbruch des Weltkrieges mit dem Unternehmertum gegeben. Inwiefern, je härter die Kampfarten der Unternehmer wurden, desto dichter drängten sich die Arbeitnehmer in ihren Gewerkschaften zusammen. Ein kurzer Rückblick auf den Entwicklungsgang der Gewerkschaften zeigt, daß durch diese harten Kämpfe die Mitgliederzahl vom Jahre 1891 (278 000) nach 25jähriger Tätigkeit im Jahre 1914 die Zahl auf 2 250 000 stieg.

Vor dem Kriege gründeten die Unternehmer sogenannte „wirtschaftsrechtliche“ Vereinigungen und zahlten dazu ein anständiges Trauergeld. Heute spart der Unternehmer Geld und die Gründer Arbeit. Betrachte man den Kampf der Mitglieder innerhalb einer Gewerkschaft um die Verwaltungsposten und die elende Verplitterungsarbeit von Leuten, die vor dem Kriege in Gewerkschaft und Partei unerschöpfliche Blätter waren, dann bekommt man, wenn die Fernsicht weiter geht, ein Grauen vor der Zukunft. Heute sind die U.S.P.D. untereinander Freunde, und morgen, wenn der Spaltungsschritt seine Arbeit getan hat, bekämpft man den Freund als Arbeiterverräter, prahlt mit seiner Bräutigamsfestigkeit, trotzdem man Meinung und Programm seit der Revolution bereits drei- bis viermal gewechselt hat. So war der Gang der U.S.P.D. gegen die S.P.D., der S.P.D. gegen die U.S.P.D. und S.P.D., wiederum gegen die S.P.D.

Im Hinblick auf die am 20. Februar stattfindenden Landtagswahlen sei noch kurz auf die Arbeiten der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag zu sprechen. Nach dem Zusammenbruch gab sich Preußen eine demokratische Verfassung. Das alte Dreiklassenwahlrecht war erloschen. Ein jeder Bürger bekam das Recht, seine Kinder vom Religionsunterricht zu befreien. Leider wird von dem Rechte in den radikal organisierten Stadtteilen sehr wenig Gebrauch gemacht. Wichtig und erfolgreich war die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei auf dem Gebiete des gesamten Schulwesens. Besonders der Initiative des Genossen Einbeinert ist der Plan zur Schaffung einer Akademie der Arbeit zu verdanken. Er wurde vom sozialdemokratischen Kultusminister unterstützt und gefördert. Das Verbot der privaten Stellenvermittlung, die Reformierung der Gewerbeinspektion und des Koalitionsrechtes sind Produkte der rastlosen Arbeit der Sozialdemokratischen Partei. Und nicht zuletzt bildet die Gewerkschaft über die wirtschaftliche Demokratisierung eine nicht zu unterschätzende Waffe der Betriebsräte in Ausübung ihrer Pflichten gegenüber dem Unternehmertum.

## Angestellte in Handel und Industrie!

Der preussische Finanzminister Genosse Lüdemann, wird über all diese wichtigen Fragen am Freitag, den 11. Februar, abends 7<sup>1/2</sup> Uhr, in den Rüststätten, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, zu den Angestellten sprechen. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Jede gewerkschaftliche und politische Mäßigkeit muß überwunden werden. Trotz aller Phrasen heißt es für die Angestellten: Festhalten am Ziel, festhalten an der Arbeit, wenn der Weg auch steinig ist. Denn gerade die Angestellten sollen die Träger der Produktion in der sozialistischen Wirtschaftsordnung sein. Angestellte, hinein in Gewerkschaft und Partei!

## Ins eigene Nest!

Die „Deutsche Volkspartei“ hielt jüngst in der Wisa, Wetzlar, 39, eine Wählerversammlung ab, deren Verlauf in der folgenden Beziehung bemerkenswert ist. Als nämlich die Einberufer aus Zwickauer ernannt hatten, daß eine große Anzahl Sozialdemokraten in der Versammlung war, erschien plötzlich, offenbar von ihnen alarmiert, ein starkes Aufgebot Schutzpolizei im Saale, das aber unrichtiger Sache wieder abziehen mußte, da absolut nichts für die Polizei zu tun war, denn unsere Genossen verhielten sich musterhaft. Ohne die Versammlung zu stören, traten sie dem Referenten durch eine Anzahl Diskussionsredner in einträglichster Weise entgegen.

Rund um zu dem Referenten, vielmehr zu den Referenten. Es waren nämlich ursprünglich zwei Referenten vorgesehen. Der erste war ein Geheimere Referent Herr Kraich, der fürchterlich über das „Landfremde Gestalt“ Dr. Cohn, Hirsch u. Schmitt. Darauf verzichtete plötzlich der zweite vorgesehene Referent auf Herr, sein Name lautete zufällig — Dr. Kallischer! Sollte dem Herrn durch die Ausführungen seines Vorgesetzten etwas schmal zu Ruze gemorden sein?

## Zwangsanleihe in Polen.

Warschau, 2. Februar. (WZ.) Finanzminister Sieczkowski hat sich entschlossen, von dem Gesetz über die Zwangsanleihe Gebrauch zu machen und den Finanzminister Rybarski mit der Ausarbeitung einer diesbezüglichen Verfügung beauftragt. Der Entwurf der Verfügung wurde dem Minister zur Begutachtung bereits vorgelegt. Unabhängig von der Zwangsanleihe wird in weiterer Folge über den Entwurf der einmaligen Vermögensabgabe beraten.

Der Entschluß der polnischen Regierung offenbart das Finanzelend Polens in seiner ganzen Größe. Neben Rußland und dem in seiner jetzigen Gestalt unumgänglichen Kumpfsstaat Österreich ist Polen das kapitalistischste Land Europas. Dementsprechend sind die dortigen Lebensbedingungen. Wenn die polnischen Agitatoren in Oberschlesien wieder versichern, die polnische Regierung werde den deutschen Markkurs nicht antasten, auch wenn Oberschlesien an Polen falle, so ist das einerseits ein glattes Eingeständnis dafür, daß Oberschlesien Deutschland als wirtschaftliche Rückendeckung gar nicht entbehren kann, und andererseits eine recht ungeschickte Maßnahme. Ein Staatsgebäude mit doppelter Währung wäre ein Animum in der Weltgeschichte, dessen Tage bald gezählt wären.

## Die Goldsendung nach Frankreich.

Berlin, 2. Februar. (WZ.) Zu der von anderer Seite gebrachten Mitteilung, daß 24 Tonnen Gold von Deutschland nach Frankreich transportiert worden sind, hören wir von ausländischer Seite folgendes: Die Nachricht ist richtig. Es handelt sich hierbei um zwei Golddepots der Dette publique Ottomane in Höhe von 60 Millionen Mark Gold, die auf Grund des Friederichsvertrages den alliierten Regierungen zu übergeben waren. Die Uebereignung ist erfolgt, nachdem die Dette publique Ottomane ihre Zustimmung erteilt hat. Der Goldbestand der Reichsbank wird durch die Uebereignung der beiden Golddepots nach Paris nicht vermindert.



# Gewerkschaftsbewegung

## Schiedsspruch für die Berliner Holzindustrie.

Seit November vorigen Jahres steht die Berliner Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes mit der örtlichen Organisation der Berliner Holzindustrie in Verhandlungen, um den Ausweis der jeweiligen Lohnsätze. Als Forderung wurde erhoben, auf die bestehenden Tariflöhne 20 Proz. zu zahlen. Die wiederholten Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation und beim Schlichtungsausschuss führten zu keinem Erfolg, da die Arbeitgeber glaubten, daß nur das Arbeitsministerium für diese Frage zuständig sei. Am 27. Januar traten die Parteien im Arbeitsministerium zusammen. Es kam zu den verschiedensten Vorschlägen des Vertreters der Regierung, die sich auf eine sehr niedrigen Basis bewegten und als Endergebnis 7 1/2 Prozent für Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre betragen sollten. Alle übrigen Gruppen sollten leer ausgehen.

Dieses Ergebnis wurde von den Funktionären des Holzarbeiterverbandes abgelehnt und die Entscheidung dem Arbeitsministerium mitgeteilt, unter dem Hinweis, die Sache dem Schlichtungsausschuss nunmehr zu einer endgültigen Entscheidung zu unterbreiten. Zum 7. Februar 1921 legte der Schlichtungsausschuss eine Verhandlung fest, in welcher dann folgender Schiedsspruch gefällt wurde:

Der Durchschnittslohn beträgt ab 1. Februar 1921 für:

Zahzarbeiter	über 22 Jahre	6,75 M.
	von 20-22 Jahren	6,45
	18-20	6,20
Hilfsarbeiter	über 22 Jahre	5,75
	von 20-22 Jahren	5,45
	18-20	5,20
Zahzarbeiterinnen	über 22 Jahre	4,75
	von 20-22 Jahren	4,45
	18-20	4,15
Hilfsarbeiterinnen	über 22 Jahre	3,70
	von 20-22 Jahren	3,45
	18-20	3,15

Der Mindestlohn für alle Gruppen ist um 10 Proz. niedriger.

Der Schiedsspruch wurde einstimmig gefaßt. Bemerkenswert ist, daß die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer aus den verschiedenen Berufen, die als Vertreter fungierten, einmütig zum Ausdruck brachten, daß die Entlohnung der Arbeiter der Berliner Holz-Industrie im Verhältnis zu allen übrigen Berufsgruppen zu gering sei.

Nach dieser Entscheidung waren die Berliner Arbeitgeber etwas verärgert und gebärdeten sich, wie man es von ihnen im allgemeinen gewöhnt war. Ganz sonderbar berührt waren die Vertreter im Schlichtungsausschuss von diesem Auftritte. Es erwiderte den Anschein, als wenn sie bisher in ihrer Tätigkeit mit solchen rigorosen Herren noch nichts zu tun hatten. Der Scharfmacher Paetz brachte hier wieder zum Ausdruck, daß er sich unter keinen Umständen diesem Schiedsspruch fügen würde, bemerkte höhnisch, daß die Holzarbeiter ja eventuell streiken könnten, und ergänzte seine Darlegungen dahin, daß die Möglichkeit eines Streiks vollständig ausgeschlossen sei.

Aufgabe der organisierten Holzarbeiter wird es sein, den hier gefaßten Schiedsspruch in die Tat umzusetzen, welcher Mittel sie sich dazu bedienen, wird nicht Aufgabe der Berliner Scharfmacher, sondern der Holzarbeiter Berlins selbst sein.

## Der Streik in der Lugsdpapierbranche.

Die Verbände der Fabrik-, Transport- und Steindruckhilfsarbeiter, sowie der Verband der Buchbinder und Papierarbeiter stehen mit der Unternehmerorganisation, dem Verband der photographischen Kunstdruckindustrie und den daran beteiligten chromolithographischen Anstalten in einem Tarifverhältnis. Die Entlohnung ist die äußerst niedrigste. Bis November 1920 war der Höchstsatz für Männer 88 M., 100 M. und 109 M. Einstellungslohn für Jugendliche von 14 Jahren war 47 M., der bis zum Höchsttag über 19 Jahre auf 72 M. liegt. Im November wurde eine kleine Lohnerhöhung von 10-15 M. bewilligt, an der aber zwei Drittel der Arbeiterinnen nicht beteiligt waren. Vor dem Schlichtungsausschuss wurde über diese Sachlage verhandelt und ein Spruch gefaßt, nach dem allen Beschäftigten etwas gegeben werden sollte. Der Demobilmachungskommissar lehnte die Verbindlichkeitsklärung mit der Begründung ab, daß ein Tarifabkommen grätig ist, an dem beide Teile unbedingt teilhaben müßten. Das fragliche Tarifabkommen hatte Geltung bis zum 31. Dezember 1920 und durch diesen Schiedsstreit waren Verhandlungen um Lohnzulagen erst Ende Januar

möglich. Unsere Forderung ging dahin, auf alle oben angeführten Hungerlöhne 30 M. wöchentlich Zulage zu geben. Das erste Verhandlungsergebnis war zu minimal, so daß die Arbeiterschaft dasselbe ablehnte. Das zweite Verhandlungsergebnis am 28. Januar ging dahin, den Männern im Höchstlohn 20 M., den unteren Gruppen derselben 10 M., den geübten weiblichen Kräfte durchweg 9 M. und den Jugendlichen 4 M. pro Woche zu bewilligen.

Durch eine Abstimmung in den Betrieben wurde dieses Angebot mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Um nichts unersucht zu lassen, wurde von Arbeitnehmerseite der Schlichtungsausschuss angerufen, der am letzten Sonnabend tagen sollte. Die Unternehmervereinigung erklärte, vor Freitag, den 11. Februar, keine Zeit zur Verhandlung zu haben. Als jedoch am Montag der Beschluß gefaßt wurde, nicht früher wieder in die Betriebe zurückzukehren, bis der Schlichtungsausschuss gesprochen und die Unternehmer den Schiedsspruch beschließen anerkannt hätten, hatten die Unternehmer mit einem Male schon früher Zeit zu einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss, die nunmehr am Mittwoch, den 9. Februar, stattfinden sollte.

Bericht über diese Verhandlung wird heute, vormittag 10 Uhr, in den Sophienkäfen, Sophienstr. 17/18, gegeben, in der alle beteiligten Arbeitnehmer unbedingt erscheinen müssen.

## Sonntagsruhe im Bäckerei- und Konditoreigewerbe.

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: In Artien der Bäckereier und Konditoren wird vielfach angenommen, das Verbot der Sonntagsarbeit in Bäckereien und Konditoreien (§ 6 der Verordnung vom 23. November 1918, Weichselweg-Blatt S. 1829) sei aufgehoben. Dieses Verbot besteht jedoch nach wie vor. Es hat zwar seinerzeit der Plan bestanden, eine dreitägige Sonntagsarbeit zur Herstellung leichtverderblicher Konditorwaren zuzulassen. Hiergegen sind aber erhebliche Bedenken geltend gemacht worden. Denn die Zulassung dieser Sonntagsarbeit würde unvermeidlich zu Überanstrengungen der Kuchenbäcker führen, da manche Konditoreien verlassen würden, am Sonntag neben den leichtverderblichen Waren auch andere herzustellen. Ueberhaupt wäre es nicht angezielt, durch eine Ausnahmestimmung die sonntägliche Herstellung gerade solcher Waren zuzulassen, die hauptsächlich nur vom wohlhabenden Publikum gekauft werden.

Da unter diesen Umständen mit einer Aufhebung des bestehenden Verbotes einstweilen nicht zu rechnen ist, hat der preussische Handelsminister nunmehr die Regierungspräsidenten angewiesen, für die Durchführung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe in Bäckereien und Konditoreien nachdrücklich Sorge zu tragen.

## Die Drechsler gegen Moskau.

Bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Holzarbeiter blieben die kommunistischen Kandidaten der Drechslerbrände erheblich in der Minderheit. Dieses Resultat zeitigte nach breiter Ausdehnung bei den Moskowitern verdammt „längliche Wehklagen“. Durch Ausbietung aller Mittel war es den Kommunisten gelungen, die Brandenkommision bei der kürzlich stattgefundenen Neuwahl mit ihren Vätern zu besiegen, wenn es ihnen auch nicht gelang, drei Vertreter der Arbeiterbewegung, jahrzehntelange Funktionäre des Holzarbeiterverbandes, abzuwählen, trotz aller angewandten illegalen Mittel. So ist das Ergebnis der Delegiertenwahlen auch als eine gründliche Abfuhr der kommunistischen Brandenkommisionmitglieder zu bewerten.

## Entlassung der Hilfskräfte bei der Post.

Der Herr Postminister hat mit dem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ eine Unterredung über die Entlassung der Hilfskräfte bei der Postverwaltung gehabt und die getroffenen Maßnahmen zu rechtfertigen gesucht. Wenn man's hört, so möchte es leidlich scheinen. Auf den Inhalt des ersten Teils seiner Erklärungen soll nicht eingegangen werden. Die Verhältnisse bei den Postbediensteten stellen sich denn doch etwas anders dar als er sie schildert.

Der Herr Postminister hat dem Verband der weiblichen Postbeamten die Zusage gemacht, daß den Frauen der Schematische, Fernsprech- und Telegraphendienst zur Befolgung vorbehalten bleiben soll. Es ist dies nicht das Einräumen der nach der Verfassung den Frauen zustehenden Gleichberechtigung, sondern die Gewährung eines Vorrechts, wenn dagegen sämtliche männlichen Angestellten entlassen werden sollen. Man denke: Für die männlichen Postangestellten, sehr oft Familienväter, werden junge, kaum der Schule entwachsene weibliche Kräfte bei den Schematischen eingestellt. Demgegenüber ist zu fragen: Wagt es sich verantworten, daß man angeblüh besser prädestinierte jugendliche weibliche Personen einstellt und dafür männliche Angestellte, die bereits längere Zeit bei der Post beschäftigt sind, entläßt?

Daß die männlichen Angestellten durch die mehr oder minder monotone Beschäftigung abgestoßen werden und von selbst weggehen, gibt der Postminister selbst zu. Deshalb wertet man diese Entlohnung bei den noch vorhandenen Angestellten nicht ab, sondern entläßt sie jetzt in der Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage? Der Anspruch, als mittlere Postbeamte übernommen zu werden, ist von

den im Zentralverband der Angestellten organisierten Helfern im mittleren Beamtenstand bei den Schematischen nie erhoben worden. Wenn man schon die männlichen Angestellten nicht behalten will, berührt es sonderbar, daß diejenigen Angestellten, die Militärämter sind, weiter als Angestellte beschäftigt werden können! Diese Durchbrechung des vom Postminister aufgestellten Grundgesetzes, daß Angestellte bei der Post überhaupt nicht vertrieben sollen, gestattet sich der Herr Postminister. Trotz aller Ausflüchtungen kann er nicht in Abrede stellen, daß sein Verhalten unlogisch, auch keineswegs im Interesse der Postverwaltung gelegen ist. Verständnis für seine Maßnahmen wird er jedenfalls nirgends finden.

Die Wahlen zu den Tarifinstanzen der Buchdrucker zeigten folgendes Ergebnis: Als Beilichtvertreter für den Tarifkreis VIII (Berlin) wurden gewählt Albert Raffini mit 8036, Rudolf Albrecht mit 7810 und Max Ebel mit 5624 Stimmen. Zum Tarifschiedsgericht wurden 10 808 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Liste 1 (beimnend mit Schleffler) 5634; Liste 2 (Opposition) 4371 und Liste 3 (Selbst) 499 Stimmen. — Die gleiche Stimmenzahl wurde für die Beilicht zum Tarifamt abgegeben. Liste 1 (Braun) siegte mit 5818 Stimmen, während die Listen 2 und 3 4522 und 462 Stimmen auf sich vereinigten.

Die „vereinigte Opposition“, die aus den Krüden der Gilden in die Tarifinstitutionen humpeln wollte, hat sich wieder einmal arg verrechnet, und ihre Pläne sind an dem gesunden Sinn der übergroßen Mehrheit der Berliner Buchdrucker gescheitert.

Der Streik in der Bienen- und Kleiderkonfektion wird bekanntlich von den Arbeitern und Arbeiterinnen gemeinsam mit dem Zwischenmeistern gegen die Fabrikanten geführt. Es handelt sich um die Erriingung von Löhnen, die sowohl den Arbeitern wie den Zwischenmeistern ein ausreichendes Einkommen gewähren. In der Hauptsache verlangen die Zwischenmeister zu dem Stücklohn der Arbeiter einen Zuschlag von 100 Prozent. Der Fabrikantenverband lehnt es ab, den Zwischenmeistern einen bestimmten Verdienst zu sichern, erklärt sich aber bereit, in Erfüllung des Schiedspruches vom 13. Januar, mit den Zwischenmeisterorganisationen und dem Befehlungsarbeiterverband gemeinsam einen Lohnsatz für die Arbeitnehmer zu beraten.

In einer am Montagmorgen im Lehrervereinshaus abgehaltenen, von den Zwischenmeisterverbänden einberufenen Versammlung wurde berichtet, daß der Streik in vollem Umfange eingeleitet hat und einen guten Erfolg verspricht. An der Bewegung sind etwa 3000 Zwischenmeister und 23000 bis 24000 Arbeitnehmer beteiligt. Außer den Rednern der beteiligten Zwischenmeisterverbände sprach auch ein Vertreter des Befehlungsarbeiterverbandes, der betonte, daß die Arbeitnehmer in voller Solidarität mit den Zwischenmeistern den Streik durchzuführen werden. Eine Vertreterin des christlichen Gewerkevereins der Heimarbeiterinnen hat ebenfalls eine Solidaritätserklärung erlassen.

Nach Schluß der Versammlung gingen die Teilnehmer im Demonstrationszuge durch das Konfektionsviertel.

Die Angestelltentarifverträge für die Maschinenindustrie und für die Wagen- und Karosseriebranche sind durch das Reichsarbeitsministerium erklärt worden. Alle Betriebe dieser Branchen sind verpflichtet, ihre Angestellten ab 1. Dezember 1920 nach diesen Tarifverträgen zu entlohnen. Exemplare dieser Tarifverträge können gegen Erstattung der Selbstkosten von der Geschäftsstelle des Distrikts des Arbeiterbundes, S.W. 61, Bellealliancestr. 7/10, bezogen werden.

Achtung, Schuhmacher! Freitag 7 Uhr in den „Sophienkäfen“, Sophienstr. 17/18, gemeinsame Versammlung aller auf dem Boden der Anterdamer Internationale stehenden Mitglieder des Schuhmacherverbandes, Mitgliedbuch der Partei und der Gewerkschaft legitimiert. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig. Betriebssekretariat S.P.D.

Achtung, S.P.D.-Maler! Am 11. Februar, abends 7 Uhr, im Saal Reichsamt, Stollberg Str. 11/12, wichtige Versammlung. Wfion.

Deutscher Arbeiterverband. Freitag, 5 1/2 Uhr, Versammlung der Damen-Bezirksverbände, Engelstr. 14/15, Saal 1.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Die Vertrauensmännernahme der Buchbinderbranche findet nicht am 10., sondern am 11. Februar, 6 Uhr, im Alexanderplatz in der Alexanderstraße statt. Eintritt aus durch Delegiertenkarten.

Wfion, S.P.D.-Maler! Am 11. Februar, abends 7 Uhr, im Saal Reichsamt, Stollberg Str. 11/12, wichtige Versammlung. Wfion.

Deutscher Transportarbeiterverband. Minerauflösungsarbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter: Heute 7 Uhr in Willes Hofkäfen, Eberhardstr. 20 (an der Heineke-Straße), Brancherversammlung. — Vertrauensleute aus den Buchbinder-, Buchdrucker- und Zeitungsmaschinenbau: Freitag, 10 1/2 Uhr, bei Krawinkel, Wfionstr. 15. Vertrauensmännernahme: Stellungnahme zum Tarif. — Handhilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus der Chirurgiebranche: Freitag, 1/2 Uhr, bei Florian, Hegerstr. 11, Gruppenversammlung.

Betriebsrat Gruppe 4 der Metallindustrie. Heute 8 Uhr Gruppenversammlung in der Schulaula am Kopenplatz, Straßensvorstand.

Verantw. für den Inhalt: Teil I: Werner Keller, Charlottenburg; für Argentinien: Dr. Oskar, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Berlin. Preis: 20 Pf. pro Stück. — Gießen eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Schmiedl“.

# Grosser Lebensmittelmarkt

zu billigen Preisen, soweit Vorrat

<b>Gemüse, Obst</b>	<b>Konserven</b>	<b>Fleisch</b>	<b>Wild, Fische</b>	<b>Kolonialwaren</b>
Weisskohl ..... Pfund 70 <sup>00</sup>	Kohlrabi ..... 4 <sup>85</sup>	Fr. Schweinekopf mit Backs... Pfund 13 <sup>00</sup>	Hirschfleisch ... Pfund von 9 <sup>00</sup>	Braune Bohnen ... Pfund 110
Möhren ..... Pfund 30 <sup>00</sup>	Junge Schoten ..... 6 <sup>75</sup>	Fr. Schweineschinken - Blatt... 16 <sup>00</sup>	Hasen ..... Pfund 11 <sup>50</sup>	Weisse Bohnen ... Pfund 115
Kohlrüben ..... Pfund 25 <sup>00</sup>	Pfefferlinge ..... 6 <sup>00</sup>	Schweinerücken - Bauch ... Pfund 17 <sup>00</sup>	Rehblätter ..... Pfund 13 <sup>50</sup>	Viktoria-Erbsen ... Pfund 165
Märk. Rüben .. Pfund 60 <sup>00</sup>	Tomatenpüree ..... 5 <sup>00</sup>	Gehacktes Rindfleisch ..... Pfund 13 <sup>00</sup>	Kanindien ..... Pfund 8 <sup>50</sup>	Erbsmehl ..... Pfund 175
Blumenkohl ..... Kopf von 1 <sup>50</sup>	Bruderspargel ohne Kopf ... 8 <sup>50</sup>	Suppenfleisch ..... Pfund 13 <sup>00</sup>	Kabliau ..... Pfund 3 <sup>50</sup>	Hülsenfrüchte geschäl. Pfund 225
Mandarinen ..... Pfund 5 <sup>00</sup>	Apfelmus ..... 4 <sup>50</sup>	Schmorfleisch mit Knochen... Pfund 14 <sup>50</sup>	Schellfisch ..... Pfund von 2 <sup>50</sup>	Hajerlocken ..... Pfund 250
Orangen ..... Stück von 45 <sup>00</sup>	Bredbohnen 4-Pfd.-Dose 11 <sup>00</sup>	Kalbsvorderfleisch - Rücken... Pfund 13 <sup>00</sup>	Grüne Heringe .. Pfund 2 <sup>50</sup>	Nudeln ..... Pfund 7 <sup>80</sup>
<b>Rotwurst</b> ..... Pfund 17 <sup>00</sup>	<b>Land'ebewurst</b> ..... Pfund 19 <sup>50</sup>	<b>Fleischwurst</b> ..... Pfund 21 <sup>00</sup>	<b>Zerelatwurst</b> Pfd. 27 <sup>00</sup>	<b>Salami</b> ..... Pfund 27 <sup>00</sup>
<b>Briekäse</b> ..... Pfund 7 <sup>50</sup>	<b>Landkäse</b> ..... Pfund 7 <sup>40</sup>	<b>Ausl. Harzerkäse</b> Pfd. 9 <sup>75</sup>	<b>Bücklinge</b> ..... Pfund 4 <sup>90</sup>	<b>S. hoi. Voi heringe</b> 95 <sup>00</sup>
<b>Goudakäse</b> .. Pfund 10 <sup>00</sup>	<b>Schmalz</b> garantiert rein Pfund 12 <sup>50</sup>	<b>Kaffee</b> frisch gebrannt .. Pfund 19 <sup>50</sup>	<b>Margarine</b> ..... Pfund 10 <sup>25</sup>	<b>Reis</b> ..... Pfund 2 <sup>95</sup>
<b>Koch-Rotwein</b> auch für Bewirten 6 <sup>75</sup> 10 <sup>00</sup> 65 <sup>00</sup>	1918 <sup>er</sup> Edenkobener .. 10 <sup>00</sup> 95 <sup>00</sup>	1918 <sup>er</sup> Langsurer Berg 15 <sup>00</sup> 70 <sup>00</sup>	1918 <sup>er</sup> Musb. Büschelw. 17 <sup>50</sup> 82 <sup>50</sup>	1919 <sup>er</sup> Neustadter Böhl 20 <sup>00</sup> 95 <sup>00</sup>
	1918 <sup>er</sup> Montagna - Kalz. - rotwein 10 <sup>00</sup> 95 <sup>00</sup>	1917/18 <sup>er</sup> Ingelh. Rotw. 14 <sup>50</sup> 70 <sup>00</sup>	Natur-Gewächs ..... 27 <sup>50</sup> 132 <sup>50</sup>	Deutscher Weinbrand und Jamaika-Rum 40 <sup>00</sup> ..... 56 <sup>00</sup>

**HERMANN TIETZ**  
Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Frankfurter Allee  
Allein-Vorverkauf für Zirkus Sarrasani